

Bezugspreis:

Für die zweite Hälfte August 500000 M voraus zahlbar. Unter Kreuzband für die zweite Hälfte August für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Ostpreußen und Litauen 514 000 M, für das übrige Ausland 525 000 M.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erdung und Kleingarten“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Verlagsadresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Kompatibilität kostet 100 000 M. Kleinanzeigen 500 000 M. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 40 000 M. (zwei Zeilen zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 20 000 M. Einzeiliger Text des ersten Wort 20 000 M., jedes weitere Wort 10 000 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 20 000 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 9, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Danhoff 292-295 Verlag: Danhoff 2306-2307

Mittwoch, den 15. August 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskontogesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Der erste Tag der neuen Regierung.

Annahme des Vertrauensvotums mit 270 gegen 76 Stimmen - 25 Enthaltungen

Die Erklärung der neuen Reichsregierung, die Dr. Stresemann gestern zum Vortrag brachte, bedeutet gegenüber den Erklärungen, die wir neun Monate lang von der gleichen Stelle her hörten, zweifellos einen großen Fortschritt. Sie enthält politische Gedanken und bringt sie mit hinreichender Klarheit zum Ausdruck.

Die neue Reichsregierung erklärt sich mit der englischen Anregung, die Rechtsfrage im Ruhrkonflikt durch ein internationales Schiedsgericht entscheiden zu lassen, einverstanden. London und Berlin sind also in dieser Beziehung gegenüber Paris auf die gleiche Linie gebracht. Was wird die französische Regierung tun? Sie kann, auf ihre Bajonnette gestützt, dem großen Gedanken der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit die praktische Anerkennung verweigern, sie wird aber ihre moralische Position damit nur noch weiter verschlechtern.

Der passive Widerstand ist durch die englische Note an Frankreich und Belgien als rechtmäßige Abwehr widerrechtlicher Gewalt anerkannt. Glaubte die französische Regierung noch immer, im Ruhrgebiet die Politik der Gewalt gegen Wirtschaft und Eigentum fortsetzen und diejenigen aus dem Lande jagen und einsperren zu können, die solchem unrechtmäßigen Tun den Beistand verweigern?

Wie war die moralische Position Deutschlands in Verteidigung und Aufrechterhaltung seines Widerstandes gegen den Ruhrbruch fester als in diesem Augenblick. Herr Dr. Stresemann hat einen Beweis staatsmännischer Befonnenheit gegeben, indem er darauf verzichtete, über den moralischen Erfolg Deutschlands Triumphgefänge anzustimmen und vage Hoffnungen zu erwecken. Er hat sich gehütet zu sagen, der passive Widerstand werde nun aufrechterhalten bleiben, bis der letzte französische Soldat aus dem Lande verschwunden sei; er hat die Voraussetzungen für die Einstellung des passiven Widerstands klar und vorsichtig umschrieben, und zwar so, daß auch jeder Franzose, der etwas Sinn für die politischen Wirklichkeiten behalten hat, ihnen ohne weiteres zustimmen kann.

Die Regierungserklärung öffnet den Weg zu Besprechungen mit allen ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands, auch mit Frankreich! Dies allerdings nur dann, wenn Frankreich auf demütigende und unmögliche Bedingungen verzichtet. Die Illusion von einem Deutschland, das eines Tages auf allen Bieren gekrochen kommt und um Gnade winselt, wird man in Frankreich aufgeben müssen; wünscht man aber ein aufrechtes, zu ehrlicher Verständigung bereit Deutschland zu sehen, dann wird es kommen. Dieses Kabinett, in dem die Sozialdemokratie ihren Einfluss wieder erhalten hat, wird und muß - darin pflichten wir Stresemann bei - „das stärkste Kabinett gegen jeden Gedanken an eine Vergewaltigung Deutschlands sein“. Wenn es gestern von den Kommunisten mit Rufen wie „Regierung der Kapitulation“, „Minister Poincaré's!“ begrüßt wurde, so beweist das nur, daß die Rufen noch wie vor in einer wirklichkeitsfremden Agitationspolitik befangen sind.

Das innere Programm der neuen Regierung gipfelt in dem Bekenntnis zur republikanischen Staatsverfassung und in dem stark betonten Willen, sie gegen alle Ministerien aufrechtzuerhalten. Unter anderen Umständen würden wir gewünscht haben, daß eine solche Mahnung sich ausschließlich gegen rechts wende. Die Erfüllung dieses Wunsches war nicht möglich in einem Augenblick, in dem die Kommunisten mit ihrer geradezu idiotischen Generalstreiktaktik, wenn auch als ganz ohnmächtige Angreifer, so doch immerhin als Angreifer erschienen. Auch der irreführende Teil der Arbeiter wird aber jetzt mehr und mehr zur Einsicht kommen, was er von den kommunistischen Paroleknechten zu erwarten hat. So bleibt dann nur die Gefahr von rechts, für die die neue Regierung offene Augen haben muß. Schon sieht Herr Wulle in den vereinten „großen S“ - Severeing und Solkmann - neue Gefahr für seine nicht ganz friedlichen Volksbeglückungspläne herauszusehen. Wenigstens in diesem Punkt vertritt er also eine gewisse politische Weisheit.

Der Reichskanzler hat dann in bezug auf die brennenden finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen ein Programm entwickelt, für dessen Bewirkung zu sorgen vor allem Sache unserer Genossen in der Regierung, besonders des neuen Reichsfinanzministers Hilferding, sein wird. Auf Vollständigkeit in der Aufzählung aller Punkte erhob er dabei, wie er ausdrücklich feststellte, keinen Anspruch. Das gab Genossen Hermann Müller Gelegenheit, die Wichtigkeit der Sachverhalte noch einmal kräftig zu

unterstreichen und für die Forderungen der arbeitenden Massen als Mahner und Dränger aufzutreten.

Hervorgehoben zu werden verdient, daß sowohl die Regierungserklärung als auch die folgende Erklärung der Sozialdemokratie parlamentarische Bilanzleistungen waren und durch den Ton der Zuversicht, der sie erfüllte, das Haus zu wiederholten lebhaften Beifallsäußerungen hinrißen.

Die folgende Debatte entbehrte nicht ihres humoristischen Reizes, da sich Wulle wie Hergt darauf verließen, in der neuen Regierung eine „sozialistische Regierung“ zu sehen, die durch die Straße zur Macht gekommen sei, während Frölich mit gleicher Klarheit in ihr eine „Sinnes-Regierung“ erkannte, die dem gemeinsten „Arbeitererrat“ der Sozialdemokraten ihre Entstehung verdankt. Für Genossen Breitscheid wurde das die Gelegenheit zu einigen sehr glücklichen Bemerkungen über die Meinungsverschiedenheiten in der großen Koalition von Sozialisten und Halentreuz und über die elend verfrachtete idiotische Generallinientaktik der äußersten Linken.

Das Haus billigte mit 270 Ja gegen 76 Nein - der Deutschnationalen und Kommunisten - und 25 Enthaltungen - der bayerischen Volksparteier, Bauernbündler, der Welfen und des Kommunisten Reich - die Regierungserklärung und sprach der Regierung sein Vertrauen aus. Es war der größte parlamentarische Erfolg einer deutschen Reichsregierung in der Republik. Die neue Regierung wird sich aber darüber nicht täuschen dürfen, daß dieses Vertrauen der Abgeordneten nur dann von Dauer sein kann, wenn auch das Vertrauen der breiten Massen des Volkes zu ihm hinzutritt. Um dieses Vertrauen zu erringen, dazu bedarf es nicht nur einer brillanten Rede und eines schönen Programms, sondern nützlicher Taten und greifbarer Erfolge. Die Sozialdemokratische Partei hat durch ihre Redner und durch ihre Abstimmung zu erkennen gegeben, daß sie der neuen Regierung helfen will, solche Taten zu vollbringen und solche Erfolge einzubringen. Diese große Partei des wertvollen Volkes, Hüterin der republikanischen Gegenwart, Trägerin der sozialistischen Zukunft, ist weit davon entfernt, ihr geschichtliches Erstgeburtsrecht für ein Vinsengericht zu verkaufen. Sie ist bereit, den anderen zu helfen, soweit sie damit dem schwer bedrängten Volk hilft, und sie weiß, daß sie nur helfen kann, indem sie sich selber stark erhält.

Ihre nächste Aufgabe ist es darum, für die Wiedergeburt der politischen Arbeiterbewegung zu sorgen. Der Zusammenbruch des kommunistischen Generalstreiks hat die Hohlheit der scheinrevolutionären Parolemacherei enthüllt; wenn jetzt darüber der Arbeiterschaft an allen Orten die Wahrheit gesagt wird, dann wird sie auch verstanden werden. Es gilt, das Heute zu nützen und für den kommenden Tag zu arbeiten!

Präsident Ebbé eröffnet um 1/2 8 Uhr die Sitzung, deren Tagesordnung als ersten Punkt auführt Entgegennahme einer

Erklärung der Reichsregierung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Koenen (Komm.) die Aufhebung der Ausnahmeverordnung vom 10. August und die Beratung des Antrags als ersten Punkt der Tagesordnung. Ohne Debatte wird dieser Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt. Abg. Hölle (Komm.) ruft: „Die Koalition äußert ihre Wirkung!“ Abg. Koenen (Komm.) beantragt darauf die Beratung kommunistischer Anträge auf Aufhebung des Verbots öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel und der proletarischen Hundertschosten. Dieser Antrag wird gleichfalls abgelehnt.

Der Präsident gibt dann dem

Reichskanzler Dr. Stresemann

das Wort. Er wird von den Kommunisten mit ärmlichen Rufen empfangen: Für Sinnes und Poincaré! Der Reichskanzler nennt zunächst unter Vorn der Kommunisten die Mitglieder des neuen Kabinetts; bei dem Namen Gehler rufen die Kommunisten: „Das ist der Richtige!“ Zu den bereits mitgeteilten Namen kommt als Wirtschaftsminister v. Kaumer. Das Außenministerium und Postministerium sind noch unbelegt. Mit besonderem Beifall wird die Mitteilung von der Bildung eines neuen Ministeriums für die besetzten Gebiete aufgenommen. Als sich trotz der Mahnung des Präsidenten die ärmlichen Kundgebungen der Kommunisten wiederholen, ruft ihnen der Reichskanzler zu: Demokratie heißt Herrschaft der Mehrheit und heißt nicht Diktatur einer Minderheit durch Lärm! (Lebhafter Beifall.) Der Reichskanzler spricht dann zunächst seinem Amts-vorgänger aufrichtigsten Dank aus. (Lachen bei den Kommunisten.) Er erklärt: Dr. Cuno hat Gegner seiner Politik, aber keinen persönlichen Feind gehabt. (Zustimmung.) Er war eine

der wenigen Persönlichkeiten der praktischen Wirtschaft, die dem jungen republikanischen Deutschland ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben. Die Kritik der Gegenwart an den Leistungen seines Kabinetts darf nicht vorbeigehen an der Tatsache, daß bisher jede Politik zur Konsolidierung der deutschen Verhältnisse von außen unmöglich gemacht wurde. Reichskanzler Dr. Cuno hat in der Begründung für die Niederlegung seines Amtes zum Ausdruck gebracht, daß er den Weg frei machen wolle für ein Kabinett auf großer parlamentarischer Grundlage zur Zusammenfassung aller Volkskräfte. Damit wollte er dem Reich innere Kämpfe ersparen. Ich möchte mein Amt nicht antreten, ohne dem geschiedenen Reichskanzler und seinen Mitarbeitern, die nur das Beste für das Land und das Volk erstrebt haben, auch von dieser Stelle aus aufrichtigen Dank zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafter Beifall.) Der Charakter des neuen Kabinetts ist durch seine Entscheidung gegeben. Es ist aufgebaut auf parlamentarischer Basis. Es ist entstanden in einer außergewöhnlich ersten und verantwortungsvollen Zeit. Wir stehen

außenpolitisch und innenpolitisch vor großen Spannungen und großen Entscheidungen.

Diese Entscheidungen verlangen den Zusammenschluß aller den verfassungsmäßigen Staatsgedanken beherrschenden Kräfte. Es ist völlig möglich, darüber zu streiten, ob dieses Kabinett mehr nach der einen oder anderen parteipolitischen Seite hin beeinflusst werde. Den Ansturm von außen und innen wird der Staat nur bestehen können, wenn Regierung und eine staatsbezogene Opposition sich in der Sorge um die deutsche Zukunft zusammenschließen. (Zustimmung.) Das Ausland möge nicht glauben, daß dieser Kabinettswechsel ein Zeichen der Schwäche sei. Dieses Kabinett, das auf der breitesten parlamentarischen Grundlage aufgebaut ist, breiter als je ein Kabinett seit dem Bestehen der deutschen Republik, will auch

das stärkste Kabinett gegen jeden Gedanken der Vergewaltigung Deutschlands

sein. (Bravo!) Ob es dieses Ziel erreicht, das wird von dem Zusammenwirken des Reiches mit den Ländern, vom Zusammenwirken mit dem gesamten Volke abhängen. Das Reichskabinett hat volles Verständnis für den Drang nach Eigenleben in den deutschen Ländern. Die Einfügung dieser Eigenart in das Reichsganze vor aber auch zu seiner Zeit mehr geboten als in der Gegenwart. Dasselbe Bekenntnis zum Reichs- und Staatsgedanken, vor allem zum staatlichen Denken, muß vom Volke ausgehen. Wir sind weit davon entfernt, die parlamentarische Stärke eines Kabinetts für das allein Maßgebende anzusehen. Die Parteien verhalten sich nicht allein das deutsche Volk, neben den Parteien bestehen die ersten Kräfte des Volkslebens auf der Grundlage beruflicher Zusammenschlüsse. (Abg. Koenen [Komm.]: Die Verbeugung gegen Sinnes auf der Grundlage der Stammeseigenart! - Heiterkeit.) Alle diese Kräfte brauchen wir zur Stützung des Staatsgedankens. Wer aber in der heutigen Zeit glaubt, daß die Verhältnisse ihnen das Recht geben, mit Gesinnungs-genossen sich zusammenzutun, um gewalttätige Angriffe gegen den Staat und seine Verfassung zu richten, der wird, wo immer er stehen möge, auf den unerschütterlichen Willen der Reichsregierung stoßen, dieser Gewalttätigkeit mit allen Kräften entgegenzutreten. (Lebhafter Beifall.) Die Reichsregierung hat den Willen, dies zu tun, sie hat die Machtmittel, dies zu tun, und sie hat die Absicht,

diese Machtmittel gegen jeden einzusetzen, der sich vermischt, den Staat und seine Verfassung unterminieren zu wollen.

(Lebhafter Beifall.) Wir hoffen, daß die öffentliche Meinung die Regierung bei ihrem Bestreben, Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, unterstützen wird. Im heutigen demokratischen Zeitalter können alle Kämpfe nur mit der öffentlichen Meinung des Landes gewonnen werden. Das gilt wie im Innern auch von dem Kampfstadium an Ruhr und Rhein. In diesen Kämpfen hat bisher die gesamte öffentliche Meinung Deutschlands sich mit Entschiedenheit ausgesprochen gegen die Vergewaltigung deutschen Rechts. Ob Frankreich und Belgien sich auf dieselbe öffentliche Meinung stützen können? Wie stark muß die Empfindung des an Deutschland verübten Unrechts sein, wenn die englische Note an Frankreich trotz der engen Beziehungen der Alliierten untereinander der Weltöffentlichkeit dieses Unrecht vor Augen führt! (Sehr wahr!) Der passive Widerstand der deutschen Bevölkerung hat seine tiefsten Wurzeln in seinem festen Bewußtsein des guten Rechts. (Lebhafter Beifall.) Unzweifelhaft wird dieses gute Recht nunmehr auch von der britischen Regierung anerkannt. Wenn von den Ausführungen der englischen Note über die Unrechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung auch nicht ohne weiteres die Lösung der Ruhr- und Rheinfrage zu erwarten ist, so dürfen wir doch annehmen, daß die Rundgebung der britischen Auffassung auch in Frankreich und Belgien nicht ohne Widerhall bleiben wird. Die Reichsregierung ist auch ihrerseits damit einverstanden, daß die Frage der Recht- oder Unrechtmäßigkeit der Ruhraktion einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet wird. Wir zweifeln nicht daran, daß jede unparteiische Entscheidung uns die Verfügung über das Ruhrgebiet wiedergeben wird. Man nannte das deutsche Volk einst stolz das Volk der Arbeit. Nirgends klang der Rhythmus ununterbrochener Arbeit stärker als an der Ruhr. Man redet uns heute zu, wir sollten an der Ruhr zur Arbeit zurückkehren. Wir lehnen uns danach, daß das Ruhrgebiet zur Arbeit zurückkehrt. Aber Arbeit und Freiheit sind für das Ruhrgebiet identische Begriffe. (Lebhafter Beifall.)

Am dem Tage, an dem uns die Verfügung über das Ruhrgebiet zurückgegeben wird, werden alle Kräfte sich regen, um die unerträgliche Skilager der Schladger der deutschen Wirtschaft zu beenden. — Im Einverständnis mit dem, was der frühere Herr Außenminister und was ich selbst als Mitglied dieses hohen Hauses am 8. August ausgeführt habe, belone ich auch heute, das deutsche Volk hat den passiven Widerstand für die Erreichung ganz bestimmter Ziele aufgenommen. Wenn uns die freie und unabhängige Verfügung über das deutsche Ruhrgebiet wieder gewährleistet ist, wenn die Rheinlande sich in dem internationalen garantierten vertragmäßigen Zustande befinden, wenn jeder vormalige Deutsche von Ruhr und Rhein die Freiheit und der Heimat wiedergegeben ist, dann werden wir noch eine, uns zu gewöhnlichen Kampfsache unter Ausnutzung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes und die Mittel für eine Regelung der Reparationsfrage aufbringen können, sofern die uns auferlegten Kosten uns bei harter Arbeit die Existenz unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens und die Weiterentwicklung unseres Volkes gewährleisten, ohne die stützenden Kräfte zu einer Erzielung künftiger Leistungen nicht ausgereicht werden können. (Lebhafte Beifall.)

Die Konfiskation unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist auch die Voraussetzung für die Wiederherstellung der Sachlage, die infolge der durch die Ruhrbesetzung herbeigeführten wirtschaftlichen Zerrüttung in unserem Vaterlande unterbrochen werden mußten. Ich verleihe damit das Gebiet der Außenpolitik, zumal ich es ausführlich in meiner Rede, die ich als Abgeordneter vor wenigen Tagen hielt, behandelt habe, und werde mich mit kurzen Worten der inneren Lage zu. Nichts wäre falscher, als etwa die Tatsache der englischen Note zur Grundlage für eine politische Vorgehensweise zu machen. Wir wissen nicht, welche politischen Folgerungen von dieser Note ausgehen werden, wir wissen nicht, ob und wenn sie sichtbar werden. Man verlangt von uns außenpolitische Aktivität. Die beste außenpolitische Aktivität, die wir einfallen können, ist

Die Ordnung der deutschen Verhältnisse im Innern.

(Sehr gut!) Wir haben verheißungsvolle Anfänge dazu gerade in der Arbeit der letzten Tage gemacht. Ich erinnere an die Verabschiedung der Steuervorlagen, die getragen war von dem Verantwortungsgefühl aller Parteien im Hause. Wir stehen vor der Bewilligung der Goldanleihe, die jetzt aufgelegt worden ist. An alle Schichten des Volkes richten wir die Aufforderung, diese deutsche Goldanleihe aus kräftigster Unterstützung. Sie soll uns ein Mittel sein, um die Geldinflation zurückzubringen, die Verhältnisse geschaffen hat unter denen viele Volksgenossen in Deutschland kaum noch über die notwendigen Subsistenzmittel verfügen. Die Goldanleihe ist nicht das einzige Mittel zur Bekämpfung dieser Papierflut. Aber sie soll der Anfang zur Gesundung der Verhältnisse sein. So wie die Goldanleihe, auch im einzelnen ihre Abschnitte, ein wertvolles Zahlungsmittel sein kann, halten wir es für die Pflicht der Reichsregierung, das Bedürfnis nach Wertbeständigkeit, das in der gesamten Volkswirtschaft vorhanden ist, mit aller Befähigung und so weit wie möglich zu befriedigen. Wir halten dies schon deshalb für notwendig, um in der Bewegung der Lebensmittel nach den Großstädten unerträgliche Störungen zu vermeiden. Die Währungsfrage rührt die größten volkswirtschaftlichen und finanziellen Probleme auf. Wir richten den dringenden Appell an alle Parteien, an dieser für unser Volk so entscheidend gewordenen Frage mitzuarbeiten. In dieser Frage gibt es keine Parteimeinungen, in dieser Frage ist die politische Mitarbeit jedes, der die Verhältnisse zu bessern vermag, vaterländische Pflichterfüllung, die wir dankbar begrüßen. Denn der Währungsnotstand hat der gesunkenen deutschen Wirtschaft die Grundlage entzogen.

Ihn zu bekämpfen, heißt, mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau zu beginnen.

Wir richten einen besonderen Ruf zur tätigen Mithilfe an die deutsche Landwirtschaft. Wir sind weit davon entfernt, die landwirtschaftliche Frage nur vom Konsumentenstandpunkt aus anzusehen. Ohne Produktionssteigerung in Landwirtschaft und Industrie werden wir aus der Verarmung des ganzen Volkes nicht herauskommen. Aber Kampf müssen wir jedem ansetzen, der in jeglicher Lage die Ernährung des deutschen Volkes und die Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse erschwert. Wer in Produktion und Handel landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Gewinnrücksichten zurückhält, der verstoßt sich an deutschen Volk. (Sehr richtig!) Wer Streiks in der Erntezeit veranlaßt, tut dasselbe. (Sehr gut!) Die Aufgabe der Wirtschaft

namenslich der Industrie und des Handels, besteht darin, die deutsche Regierung bei ihrem Bestreben zur Sicherung der Ernährungsfrage und zur Stärkung der Währung nach allen Kräften zu unterstützen, namentlich auch in der Zurückverfügung von Devisen und in der Übernahme der Garantien für die große Verbindlichkeit des Reiches. Wir begrüßen die Bereitwilligkeit mit der weiteste Kreise führender Wirtschaftler sich hierbei lieber zur Verfügung gestellt haben. Wir hoffen und erwarten, daß diese Bereitwilligkeit eine dauernde sein wird, da wir uns so sehr in der Lage sein werden, da von staatlichen Eingriffen abzusehen, wo die Freiwilligkeit an ihre Stelle zu treten vermag.

Die Wertbeständigkeit in der Geldlohnung ist eine berechtigte Forderung

angeht, der Gesamtentwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Wir warnen aber davor, einfach die Verhältnisse des reichen und blühenden Deutschlands vor dem Weltkrieg schematisch zur Grundlage für die Gegenwart zu machen oder gar diese Grundlage als zu gering anzusehen. Eine Überspannung auf diesem Gebiete birgt die Gefahr in sich, daß unsere Weltbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt erlischt und damit die Voraussetzungen für eine Aktivität unserer Handelsbilanz, ohne die an eine Regelung internationaler Verpflichtungen und eine Aufrechterhaltung der Wirtschaft im Inland auf die Dauer nicht zu denken ist. (Zwischenrufe.) Ich richte diese Worte nicht an eine einzelne Klasse, ich richte sie an diejenigen, die sich jenseitig gesunden Menschenverstand gewahrt haben. (Zuruf des Abg. Koenen.) Es würde mich nicht, daß wir die Ernährung des deutschen Volkes an ihrem irdischen Dogen scheitern lassen. (Neue Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Ich verstehe ja Ihre Erregung über den Zusammenbruch Ihres unverantwortlichen Streiks. (Lebhafte Beifall im ganzen Hause, Händeklatschen auf der Tribüne, erregte Zwischenrufe von der äußersten Linken, großer Lärm. — Präsident Lohse: Ich bitte jetzt, die Zwischenrufe etwas einzuschränken. Ich muß dem Reichskanzler unter allen Umständen Gehör verschaffen. Ich tue das auch bei Ihren Rednern. Es geht nicht an, daß viele Redner einen überschreiten. — Es ertönt der Ruf: Rauschmeißel! — Präsident Lohse: Ich bitte alle Kundgebungen zu unterlassen, sonst muß ich mit Ausweisungen vorgehen.) Ich sehe diese Störungen nicht als irgendeine Beleidigung des Amtes an, das ich verleihe, wohl aber als eine Herabsetzung des Ansehens des Parlaments, das aufrechtzuerhalten wir alle Veranlassung haben. Ich wende mich wieder zu der Erklärung der Regierung. (Lebhafte Beifall.)

Eine wichtige Aufgabe zur Unterstützung der Regierung bei diesen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen steht der Reichsbank zu. Die Reichsregierung ist einmütig der Auffassung, daß die Sicherung ihrer Maßnahmen durch die Reichsbank und ihre Leitung gewährleistet sein muß. Die drängende Not dieser Tage verlangt sofortige Arbeit. Deshalb hat die Reichsregierung davon abgesehen, in den Erklärungen des Reichskanzlers etwa eine Programmrede geben zu wollen. Programme helfen uns nicht weiter, wenn nicht schnellstens Maßnahmen zur Heilung getroffen werden. Wir richten an das hohe Haus den dringenden Appell, möglichst in Verbindung mit der Aussprache über die Entgegennahme der Regierungserklärung, die Verabschiedung des Gesetzes über die Goldanleihe vornehmen zu wollen, um in der Fortführung der gesetzgeberischen Arbeiten auf diesem Gebiete keine Verzögerungen eintreten zu lassen.

Wir brauchen Ihr Vertrauen. Bekunden Sie durch dieses Vertrauen noch außen und innen, daß das deutsche Parlament sich in schwerer Zeit zusammenschließt.

Nur die tatsächliche Bekundung des Lebenswillens der deutschen Nation wird ihr den Weg in die Freiheit bahnen. Verloren ist nur, wer sich selbst aufgibt. Wir aber haben das Recht, an Deutschlands Zukunft zu glauben, und die Aufgabe, sie zu sichern. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Wir haben die Erklärung der neuen Reichsregierung gehört, die ihr Amt in einer Zeit unbeschreiblicher Verleumdung der breiten Massen des deutschen Volkes antritt. Die Reichsregierung wird die schwere Aufgabe haben, mit allen erdenklichen Mitteln die Not zu lindern. Das erfordert Optimismus und schnellste Entschlußkraft.

Es geht um die Existenz des deutschen Volkes und die Erhaltung der deutschen Wirtschaft. (Sehr wahr bei den Soz.)

In den schweren Wochen, die jetzt noch vor uns stehen, haben wir vor der Geschichte den Beweis zu liefern, daß wir eine Nation

sind. (Bravo!) Das deutsche Volk hat gewiß den Willen zum Leben, es müssen ihm aber auch die zur Erhaltung seiner Existenz nötigen physikalischen Voraussetzungen gegeben werden.

Hier muß sofort die Arbeit der neuen Reichsregierung einsetzen. Nur so wird sie sich das Vertrauen der breiten Massen erwerben können. Der Reichstag hat in der vorigen Woche ein Steuerprogramm verabschiedet, das den Forderungen der Sozialdemokratie entspricht.

Jetzt gilt es, unverzüglich diese Steuern einzubringen. Die Inflation muß eingedämmt werden. Der seine Steuerzahlungen verzögert, scheidet an seinen Volksgenossen, läßt die Arbeitskraft und verurteilt die Reueventner zum Tode des Bergungens, schwächt den Staat und damit auch die Wirtschaft. Wer dem Reiche in seiner Not die Existenzmittel schmälert oder gar durch Steuerabsätze zu verweigern versucht, übt Landesverrat. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die beschlossenen Steuern waren aber nicht das Ende des Reformwerkes — dazu mußten sie viel zu schnell verabschiedet werden —, sondern nur ein Anfang. Die wichtigste Aufgabe der neuen Reichsregierung wird sein, uns unverzüglich einen Plan zum Ausbau des gesamten Steuersystems auf wertbeständiger Grundlage zur Beschlußfassung vorzulegen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Aus innen- und außenpolitischen Gründen muß unter den Vorlagen, die zur Sanierung der deutschen Finanzen zunächst erforderlich sind, der Besahntwurf stehen, der

die Befreiung der Sachwerte gesetzlich garantiert. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nur so können Reichstag und Reichsregierung den Beweis liefern, daß es ihnen mit der Sanierung der deutschen Finanzen und mit der Erfüllung tragbarer Reparationslasten wirklich ernst ist. Ohne diese Voraussetzungen wird es keiner deutschen Regierung gelingen, die Geschäfte des deutschen Volkes zu wenden. Und das ist nötig! Denn so wie es in letzter Zeit gegangen ist, kann es nicht mehr lange weiter gehen. Wir haben alle die Pflicht, unser Volk vor feilscher Zermürbung zu retten, die sonst reitungslos in den Untergang treibt.

In dieser Zeit hat vor allem die Landwirtschaft das Außerste für die Ernährung des Volkes herzugeben. Auch die Landwirtschaft kann kein Interesse daran haben, daß es im deutschen Volk zum Kampfe aller gegen alle kommt. Die Reichsregierung als die Vertreterin des gesamten Volkes hat die Landwirtschaft nicht nur hierzu anzuhelfen, sondern zusätzlich die Pflicht, durch ihre Devisenpolitik die Nahrungsmittelzufuhr, insbesondere die Fettversorgung des deutschen Volkes zu sichern. Das muß möglich sein! Es ist eine traurige Tatsache, daß der Konsum an notwendigen Lebensmitteln einen mit der deutschen Volksgesundheit unvertretbaren Rückgang erfahren hat. (Zuruf Koenen: Der Unterernährungsminister bleibt doch!) Ja, Sie Abg. Koenen, sind geistig unterernährt. (Stürmische heitere Zustimmung im ganzen Hause.) Zu einer durchgreifenden Besserung werden wir überhaupt nur dann kommen, wenn neben der geforderten Steuerreform eine Devisenpolitik getrieben wird, die es der Reichsregierung erlaubt, die Währung zu stärken und den Übergang zu stabilen Zuständen vorzubereiten. Sie ist nur möglich durch einen großen Devisenfonds, den die Wirtschaft herzugeben hat.

Freilich werden wir zu geordneten Verhältnissen nur kommen, wenn sich unsere äußere Lage erleichtert. Eine wesentliche Erleichterung unserer außenpolitischen Lage sehen wir noch nicht im Anzug.

Die letzten englischen Noten sind ein Befremden.

Aber nicht Bekenntnisse, sondern nur Taten bringen uns vorwärts. Verlassen wir uns nicht auf die Taten der Regierungen anderer Länder. Wir müssen von unserer eigenen Regierung erwarten, daß sie uns zu Taten führt, die das Los des deutschen Volkes nach innen und außen erleichtern. Und das ist nur möglich, wenn wir durch Bereitstellung von Mitteln beweisen, daß wir Reparationen in den wirklichen Grenzen unseres Könnens leisten.

Das deutsche Volk ist bereit, für die Befreiung des Ruhrgebiets und für die Herstellung vertragsmäßiger Zustände im Rheinland große Opfer auf sich zu nehmen. Nur so werden wir zu einer Befreiung Europas kommen. Die Gewinnung des Vertrauens des Auslandes hat aber weiter zur Voraussetzung, daß

unser Land nicht dauernd zu einem Herde politischer Gärung wird. Die Welt muß die Überzeugung gewinnen, daß das Gefüge der deutschen Republik unerschütterlich feststeht. Dazu gehört vor allem, daß die bemanneten Organe des Staates — Reichswehr und Schutzpolizei — jeder verfassungsmäßigen Regierung und nur dieser zur Verfügung stehen.

In einer Zeit wie der unsrigen liegt für extreme Parteien der Versuch nahe, sich der Reichswehr für ihre volksfeindlichen parti-

Schlange am Kartoffelwagen.

Von Hans Bauer.

Vor einem Kartoffelwagen hat sich eine Schlange gebildet. Vor mir stehen, nicht in einer eindeutigen Reihe aufgestellt, aber doch einigermaßen diszipliniert, eine Arbeiterfrau, ein Wandervogel, eine Dame mit Vornamen, zwei junge Leute, hinter mir ein Herr mit einer Pfeife, zwei einfache Männer, ein Kind, einige Hausfrauen.

Eine Welle ist es ziemlich ruhig gewesen in der Schlange, als es jedoch von vorn durchsickert, daß möglicherweise die Kartoffeln nicht für alle ausreichen, geht eine Beunruhigung durch die Menschenreihen, die sich schließlich zu pessimistischen Zustandsbetrachtungen fruchtlosiert. Schließlich leitet der Herr mit der Pfeife ins allgemeine über, stellt die rhetorische Frage, wer an allem schuld sei und beantwortet sie mit „Die Franzosen!“ Das seien die größten Schweinekerle seit Menschengedenken, aber man wisse ja, wie es einmal enden werde. Einmal werde der Tag kommen!

Da unterbricht einer der Arbeiter, daß die Kartoffeln doch mit den Franzosen nichts zu tun haben. Er, der Herr, möge nur die Augen ordentlich aufpassen, dann werde er sehen, wie wir der Pumpen genug im eigenen Lande hätten. Die Kartoffeln würden doch nicht in Frankreich geerntet. Die würden in Deutschland geerntet, aber dann würden sie zurückgehalten oder verschoben.

Der Herr gibt sich nicht zufrieden. Man müsse wilsichtig genug sein, die Kartoffeln als Teil unserer Gesamtimporte zu erkennen. Der Volksgenosse solle nicht immer zuerst am Volksgenossen, sondern am Landesfeind etwas auszufragen haben.

„Volksgenossen“ empört sich der andere Arbeiter, „was haben die Preistreiber und Aufstauer mit Volksgenossen zu tun! Für die Schulle ist doch kein Galgen zu hoch!“

Der Herr gibt nicht nach. Er redet noch etwas vom Krieg daher und daß wir nur nicht vorzeitig die Waffen hätten wegwerfen dürfen. Teils findet er Zustimmung, teils Widerspruch. Und schließlich richtet er so etwas wie einen Appell an die Umstehenden. Ob er nicht recht habe und ob so wie er nicht die meisten dächten?

„Drängen Sie sich lieber nicht so vor,“ versteht ihm da die Arbeiterfrau. „Sie sind später gekommen als ich und stehen jetzt vor mir.“

Das paßt nicht recht in die Debatte. Das wirkt sehr profanisch in diesem Augenblick, wo letzte politische Fragen gestreift werden. Aber die Frau hat sachlich recht. Es fällt mir jetzt auch auf. Vorhin stand der Herr mit der Pfeife hinter mir, jetzt steht er schrägs rechts vor mir.

Da der Herr nicht gleich reagiert, wiederholt die Frau: „Sie sollen sich lieber nicht so vordrängen.“

Und wie sie das sagt, sehe ich ein: auf dieses „Lieber“ kommt es an. Auf dieses „Lieber“, das den Nachdruck vor der Aufrollung des überzeitlichen Schuldkomplexes auf die kleine Anständigkeit des Augenblicks verlegt, das am Kartoffelwagen nicht die Erörterung letzter Schuldgründe, sondern die schlichte Organisation verlangt, daß früher dran kommt, wer früher da war.

In der Schlange hatte der Herr vorhin eher eine Mehrheit auf seiner Seite. Es will jetzt keiner mehr recht von ihm etwas wissen. Er hat eine geschlossene Front hinter sich.

Es will mir scheinen, daß diese Tatsache wesentlich für die Hoffnung auf spätere glücklichere Tage ist, als jene, da über die Schuldfrage keine Einigkeit erzielt werden konnte.

Märkische Fahrt. Der Schnellzug eilt der Reichshauptstadt zu. Noch eine Stunde schnellster Fahrt auf der stachen märkischen Erde, und wird sich dem brandenden Großstadtleben wiedergegeben. Aber weh! ein Gemisch für die Augen, die in Gelb, Grün, Blau und Weiß schwelgen können! Gelb steht der Hafer, den die Maschine jetzt niedermäht, gelb sind die Garbenhaufen des Roggens, deren letzte stinke Hände dem hoch oben auf dem Wagen thronenden Mädchen zureichen. Dann fährt das Gespinnnt fort in flotten Tempo, nicht daß ein Gewitter droht; nein, der Getreidegen ist diesmal reichlich: Korn gibt's, Stroh, Hafer für die Pferde — kurz, die Körnerernte ist wohl mehr als bloß befriedigend; und ebenso steht es mit dem Grün der Wiesen: die zweite Mahd hat schon vielfach begonnen und lohnt wie die erste reichlich. Zu dem landwirtschaftlichen Zweifeln von Gelb und Grün (die gut gerotenen Kartoffeln nicht zu vergessen!) gesellt sich das klare Blau des Himmels und des Wassers; ersteres bört oben von weißen Wolken scharfer betont, letzteres hier durch den dunkelgrünen Waldesraum zusammengehalten.

Wo ein Haus steht, ist auch leuchtender Acker vorhanden, steht man fruchtbeladene Birnen- und Apfelbäume — die jungen Gänse und Hühner schnattern und piepsen — allenthalben die Spuren reichlichen Segens. Man vergißt die vielen kalten Tage dieses Sommers; vielleicht waren sie mit dem Regenüberfluß nötig, um die Grundlage für das Gedeihen und Reifen in der klaren Augustsonne zu bewirken. Und im Hinblick dieser Droht denkst du mit Ingrim am die teuren Preise und die Sorge, sich das Notwendige zum Leben zu beschaffen.

Langsamer fährt jetzt der Zug. Die erste Berliner Station ist bald erreicht. Du steigst aus und tauchst im Gewühl unter. Aber die Gedanken schweifen noch zurück, dorthin, wo das Fontanesche Dichterwort lebendig ist:

„Blaue Havel, Brunemald,
Grüß mir alle beide.“

F. D.

Das Herz des 6-Tage-Fahrers. Der Einfluß des Radfahrens auf die Herzgröße wird von Dr. Herbert Herzheimer, der 12 Berufsjahre unterrichtet hat, in einem Aufsatz der „Münchener Wochenchrift“ dargestellt. Er hat in letzter Zeit die Einwirkung einer Reihe anderer Sportarten auf die Herzgröße untersucht und konnte deutliche Unterschiede dabei feststellen. Das Radfahren ist aber augenscheinlich der Sport, der das Herz am stärksten vergrößert. Dabei muß natürlich die Intensität beachtet werden, mit der das Radeln betrieben wird. Der gewöhnliche Amateurläufer strengt sein Herz natürlich nicht so an wie der Berufsfahrer, und unter diesen sind wieder die Fahrer bei den 6-Tage-Rennen mit ihrem Training den härtesten Anforderungen unterworfen. Bei Amateurläufern ist schon früher eine Vergrößerung des Herzens festgestellt worden, deren Quotient durchschnittlich mit 1:44,6 angegeben wird. Bei den 12 Berufsjahren, die der Herzgröße unterworfen

war die Herzvergrößerung noch erheblich gesteigert, da sich ein durchschnittlicher Herzquotient von 1:40,3 nachweisen ließ. Das Durchschnittsgewicht der untersuchten Rennfahrer ist etwa 4 Kilogramm höher als das der Amateure, aber dieser Unterschied ist bei weitem nicht groß genug, um den Unterschied der Herzgrößen erklären zu können. Die Vergrößerung der Herzen der Berufsfahrer ist durchaus gleichmäßig und geht erheblich über das hinaus, was man sonst bei gut trainierten Sportleuten zu sehen gewohnt ist. Das Radfahren aber übertrifft wieder alle anderen Sportarten in der Einwirkung auf die Herzgröße, weil es offenbar dem Herzen die schwerste Arbeit aufbürdet. Das Verhältnis vom rechten zum linken Herzteil zeigte keine Besonderheit; die Vergrößerung erstreckt sich gleichmäßig auf den rechten und linken Ventrikel, ist also harmonisch. Die untersuchten Personen waren sämtlich gesund und hatten keinerlei Beschwerden. Es handelt sich also um eine Zunahme der Herzmuskulatur infolge erhöhter Inanspruchnahme, die jedoch in stärkerem Maße vor sich geht als die Zunahme der allgemeinen Muskulatur.

Der fettsamste Meeresfisch. Das Seepferdchen, dessen wunderliches Aussehen jetzt so mancher am Meerestrande wieder beobachtet wird, bezeichnet der englische Naturforscher Bassett Diggby als den „fettsamsten Meeresfisch“. Der gepanzerte, knoelige kleine Körper, der im Wasser aufrecht erscheint, wird von einem phantastischen Pferdkopf getrieben mit einem Paar großer, leuchtender Augen, deren jedes sich besonders bewegt. Diese Augen gliedern so lebhaft und intelligent, wie es sonst bei keinem Fisch der Fall ist. Die Seepferdchen halten sich ganz aufrecht, während sie langsam durch feuchte Gewässer oder auch an der Oberfläche geschwimmener Buchten schwimmen, und sie bleiben auch in aufrechter Stellung, wenn sie ruhen, von ihrem Schwanzchen in Gleichgewicht gehalten. Sie bewegen sich mit den kleinen Flossen vorwärts, die an jeder Seite des Radens sich befinden und wie Ohren aussehen. Die Schwanzflossen dient als Steuer. Fängt man ein solches Seepferdchen und bringt es in ein großes Glas, so erkennt man bald, was für ein lebendiges und kluges Tierchen das ist. Es lernt bald, sich von kleinen Seewürmern und Fischlein zu nähren, die man ihm in das Glas hineinwirft, und pickt eifrig an ihnen, während es sich mit seinem Greifschwanzchen an einem Grase festhält; es rollt seine runden Augen nach dem Vederbissen hin, den man ihm darbietet. Man darf das Glas nur nicht in die Sonne stellen; das kann das Seepferdchen nicht vertragen.

Theaterchronik. Am Gelling-Theater endet das Spiel des Moskauer Künstler-Theaters Freitag. Zur Aufführung gelangt in Abänderung des Spielplans an allen Abenden „Bringe ich Lurandot“. — Am Renaissance-Theater geht Mittwoch zum letzten Male Iphigeniens „Auden“ in Szene. Freitag ist die Eröffnung der von Schönderr „Weltbühne“.

Eine Miesel-Ausstellung ist in der Kunstgewerbe-Bibliothek eröffnet. Sie zeigt Miesel als Meister von Gebrauchsgeschäften, besonders in dekorativen Blättern seiner Schwarzweissmalerei aus der Frühzeit, wie den Schüttenblättern und dergleichen. Sie zeigt ihn ferner als den großen Buchillustrator.

Die Wiederherstellung der Kathedrale von St. Quentin ist jetzt soweit gediehen, daß die vom deutschen Denkmalschutz gereichten herrlichen Glasfenster jorden wieder eingesetzt wurden.

politischen Zwecke zu bedienen. Die Reichswehr hat die Pflicht, alle solche Versuche rücksichtslos abzuwehren. (Sehr wahr!) Ein neuer Aufschwung würde das Reich in seiner Folgezeit sprengen. Mit dem Reich fliehe auch die Reichswehr. Sünden sich denn jene rechtsradikalen Putschpolitiker ein, die Geschichte dort wieder beginnen zu können, wo sie beim Großen Kurfürsten stand? Nur Narren können glauben, daß der Lauf der Geschichte sich wiederholt. Die Reichsregierung hat deshalb unter allen Umständen dafür Sorge zu tragen, daß kein Organ der Reichswehr Verbindung mit illegalen Organisationen unterhält. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Dem deutschen Volke tut nichts mehr not, als die Sicherheit, sich ernähren und bekleiden zu können, damit es arbeiten kann. Der hierzu nötige Lohn muß einer durch die Geldwertung aller Sparmittel entblühten Arbeiterklasse wertbeständig gesichert werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Hier besteht eine dringlichste Aufgabe nicht nur für die Regierung, sondern auch für die Arbeiterschaft.

Das deutsche Volk muß ohne genügenden Export verhungern. Die Produktion hochwertiger Produkte für den Export legt aber eine leistungsfähige Arbeiterschaft voraus. Leistungsfähig und diszipliniert!

Mit Generalstreiks wird in der gegenwärtigen Zeit niemandem gedient.

(Sturm. Unterbrechungen durch die Komm.) Ein Generalstreik ohne realisierbares politisches Ziel führt nicht zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, sondern steigert nur die Verelendung. Die Verantwortung hierfür fällt auf diejenigen, die solche schädlichen Parolen ausgeben.

Aber täuschen wir uns nicht! Möglich war die Ausdehnung dieser Streiks nur, weil vielfach die ausgepörrten Massen im Begriff waren, den Glauben an eine bessere Zukunft überhaupt zu verlieren. (Sehr richtig!) Das gerade ist die schwere Schuld der Wirtschaft- und Finanzpolitik der Reichsbank und der vorigen Regierung. (Sehr richtig!)

Unter dem parlamentarischen System ist eine neue Regierung für die Fehler ihrer Vorgängerin nicht verantwortlich. (Sehr richtig!) Wir entnehmen der heutigen Erklärung der Reichsregierung, daß sie nach Kräften die Fehler der Vergangenheit gutmachen will. Sie darf in der Durchführung dieses Programms unserer Unterstützung sicher sein. (Beifälliger Beifall bei den Soz.)

(Schluß des Berichts in der Beilage.)

Stingl lehnt ab.

Entgegen anders lautenden Meinungen hat der Reichspostminister a. D. Stingl, dem von Reichskanzler Dr. Stresemann die Übernahme des Reichspostministeriums angeboten worden war, die Weiterführung dieses Ministeriums aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt. In dem Schreiben, in dem er die Ablehnung begründet, weist Reichspostminister a. D. Stingl darauf hin, daß er, auch wenn Dr. Cuno Reichskanzler geblieben wäre, in Bälde gezwungen wäre, um Enthebung von seinem Amte zu bitten.

Tagung des Parteiausschusses.

Der Parteivorstand hat den Parteiausschuß für morgen Donnerstag nach Berlin zusammenberufen. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Besprechung der allgemeinen politischen Lage.

„Vorherrschaft“ oder Todesstoß? Sozialdemokratie und große Koalition.

Der heitere Streit zwischen äußerster Rechten und äußersten Linken, ob die Sozialdemokraten in der neuen Regierung die diktatorischen Alleinherrscher oder die Stiefelputzer der Bürgerlichen seien, findet in der Presse sein Spiegelbild. Die „Rote Fahne“ schreibt:

Was ist die Große Koalition? Die alte bürgerliche Firma mit einem neuen Firmenschild, ein neues, breiteres Feigenblatt. Ein wahrer Herrscher Deutschlands: Stinnes u. Co. Jetzt schiebt sich noch die Sozialdemokratie als Dedung vor Schieber u. Co. Das wird Schieber u. Co. nicht retten, aber der Sozialdemokratie endgültig den Todesstoß geben.

Wogegen sich die „Deutsche Tagesztg.“ so vernehmen läßt: Was die innere Politik betrifft, so sieht diese unter dem Zeichen der „großen Koalition“, die in Stresemann schon seit langem einen getreuen Verfechter gehabt hat, und damit, wie die Dinge liegen, wie das Kabinett entstand, und wie es zusammengesetzt wurde, im Zeichen der Vorherrschaft der Sozialdemokratie. Herr Dr. Stresemann mag sich bemühen, das zu beschönigen oder zu verklausulieren, die Tatsache besteht und wird sehr bald deutlich werden.

Mit dem „endgültigen Todesstoß“ scheint es danach nicht weit her zu sein. Immerhin ist anzuerkennen, daß die KPD. alle „Todesstöße“, die sie der Sozialdemokratie bisher verfehlt hat, als noch nicht „endgültig“ betrachtet. Und das gibt uns auch für die Zukunft immerhin eine gewisse bescheidene Hoffnung auf die Erhaltung unseres armen Lebens!

Immer Konsequent

Das fürchterlichste Verbrechen der sozialdemokratischen Verräterpartei ist ihre Koalitionspolitik. Keine bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung kann Deutschland retten! Auf blutigroten Pfadsteinen prangt an allen Säulen und Wänden der Millionenstadt und verklärt jedem, der kommunistische Lehren hören will, daß der verderblichen Koalitionspolitik die kommunistische Regierung entgegengesetzt werden müsse. Ein Trost nur ist uns Sündern geblieben. Ganz ohne Koalition geht es auch bei den Kommunisten nicht. Zwar geht's ihnen wie jener Jungfrau, die ein Kind bekommen hat, das nur ein ganz kleines war, denn auch sie betreiben Koalitionspolitik. Karl Radek, ihr Einseitiger, verfährt in seiner neuen Anweisung an die Parolen verbreitenden Sänglinge:

„Wir sind bereit, uns sogar mit dem Teufel und seiner Großmutter zu kooperieren, um nur die Macht der deutschen Arbeiterklasse zu stärken.“

Wer der Teufel und seine Großmutter ist, mit denen zusammen Karl Radek die Macht der deutschen Arbeiterklasse stärken will, das verrät er uns leider nicht. Vielleicht dachte er an die Mörder Rosa Luxemburgs, die Remmele in Stuttgart brüderlich umarmte. Vielleicht auch an die deutschen Bauern, mit denen er in Deutschland eine Arbeiter- und Bauernregierung zur Beseitigung der Lebensmittelnot bilden will. Man kann nicht wissen; des Herrn Wege sind wunderbar und Karl Radeks Weisheit unerforschlich. Wir armen Sozialdemokraten können so weit freilich nicht gehen. Wir überlassen nur gerne Karl Radek und die Seinen dem Teufel.

Im Reichstag können sich die Kommunisten gar nicht genug tun, permanentes Tages des Parlaments zu verlangen. Alle fünf Minuten ertönt in ihrer Presse die Forderung nach Zusammenritt des Reichstages.

Anders in der Stadt Berlin. Dort besteht von Großvaters Zeiten her die Bestimmung, daß in der ersten Maiwoche eines jeden Jahres sogenannte Ferien der Stadtverordnetenversammlung festgelegt werden müssen. Während dieser Ferien kann keine Angelegenheit beraten werden, gegen deren Erledigung 15 Mitglieder Widerspruch erheben. Gestützt auf diese Bestimmung, haben die Kommunisten, da die Ferien wie seit vielen Jahren so auch diesmal in die Monate Juli und August gelegt sind, in der ersten Juliwoche die Erledigung des Etats — auf wertbeständiger Grundlage! — verhindert und haben jetzt erklärt, daß sie keine Verhandlungen im August zulassen werden, trotzdem der Magistrat angesichts der ungeheuren Notlage der Berliner Bevölkerung das dringende Ersuchen an die Versammlung gerichtet hat, ihre Arbeiten zur Erledigung dringender Angelegenheiten unverzüglich aufzunehmen. Durch diese Weigerung wird die Regelung einer ganzen Reihe wichtiger Vorlagen im Interesse der Arbeiterschaft unmöglich gemacht.

Diese Ablehnung begründeten die Berliner Kommunisten mit den angeblich arbeiterfeindlichen Steuern in Berliner Etat. Besonders arbeiterfeindlich ist nach ihrer Meinung im Berliner Etat die starke Heranziehung der Gewerbetreibenden durch die bedeutende Erhöhung der Gewerbesteuer und die Einführung der Lohnsummensteuer. In Suhi. Th. — einer kommunistischen Domäne — in der sie die Mehrheit im Magistrat und eine starke Vertretung in der Stadtverordnetenversammlung haben, bewilligten die Kommunisten genau dieselben Steuern, die sie in Berlin abgelehnt hatten, mit dem einzigen Unterschied, daß es ihnen nicht gelang, dieselbe Verteilung durchzusetzen, die in Berlin die Sozialdemokratie erreicht hatte.

Immer konsequent!

Der verfrachtete „Generalstreik“.

Ueber den Zusammenbruch des kommunistischen Streiks schreibt die in diesem Fall gut unterrichtete B.S.-Korrespondenz:

Die kommunistischen Funktionäre haben am Dienstag mittag offiziell den Abbruch des sogenannten „Generalstreiks“ beschlossen, nachdem man 12 Stunden vorher noch entschlossen war, durch Verschärfung der Kampfmethoden die „Aktion weiter auszudehnen“. Der Reichsausschuß der Betriebsräte hat darüber hinaus auch an alle kommunistischen Sektionen im Reich die Weisung gegeben, sofort die Streikparolen aufzuheben und die Aufnahme der Arbeit zu empfehlen. Dieser Umkehrung der Stimmung ist nicht uninteressant und ist, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, vor allem auf die Einwirkung der Reichszentrale der KPD. zurückzuführen, die den vollständigen Zusammenbruch der von Anfang an zum Scheitern verurteilten Aktion nicht eintreten lassen wollte. Für diesen Entschluß der KPD. war bestimmend, daß man in Mitteldeutschland den Streikaufrufen nicht in der erhofften Weise gefolgt ist und daß in Süddeutschland die Bewegung überhaupt verpufft ist. Ein weiterer wichtiger Grund war die glatte Absage der Eisenbahnbeamten, die trotz aller Versprechungen und Drohungen auf ihrem Posten geblieben sind. In Berlin selbst war die Lage für die Kommunisten in den letzten 24 Stunden unhaltbar geworden. Am Montagmorgen war in einer Besprechung der Streikleitung mit den Vertrauensleuten aus der Privatindustrie beschlossen worden, die Reichsdruckerei und zunächst die Metallindustrie, dann, wenn dieses Vorhaben gescheitert wäre, die anderen Industrien mit Gewalt lahmzulegen. In beiden Fällen scheiterten die Bestrebungen des Dreiundzwanzigerausschusses und obendrein begannen die Kerntruppen der KPD. in Berlin, die Elektrizitäts- und Gasarbeiter, wanken zu werden. Die unerwartet feste Haltung des Magistrats, der die Belegschaften kurzweilig entließ, verfehlte ihre Wirkung selbst auf die kommunistischen Funktionäre nicht. Am Dienstagvormittag war es so gut wie sicher, daß die städtischen Werke am Mittwoch wenigstens einen Teil des Betriebes wieder aufnehmen konnten und damit brach die kommunistische Aktion vollends zusammen. Nach Mitteilungen von zuverlässiger Seite ist es allerdings zwischen der Reichszentrale der KPD. und der kommunistischen Nebenregierung, dem Reichsausschuß der Betriebsräte, zu heftigen Kämpfen gekommen, bis schließlich die Parteileitung ihren Willen durchsetzte und die Zustimmung erhielt, daß der Streik sofort abgebrochen werde. Besonders die Berliner Parteioffiziere, die Richtung Fischer-Maslow, setzten dem Abbruch des „Generalstreiks“ heftigen Widerstand entgegen, mußte sich aber letzten Endes auch der Einsicht beugen, daß ein weiteres Verharren in dieser Aktion die Niederlage noch erheblich verschlimmern werde. Wie tiefgehend die Zerwürfnisse gewesen sind, beweist die Tatsache, daß die mitteideutschen und westdeutschen Mitglieder des Reichsausschusses Berlin sofort verlassen haben, ohne sich um die weitere Abwicklung der Bewegung zu kümmern.

Poincarés Instruktionen.

Deutschland soll dauernd terrorisiert werden.

Paris, 14. August. (W.T.B.) In den auch von Havas aus dem französischen Gelddruck entnommenen Instruktionen Poincarés an den französischen Botschafter in London heißt es: Aus dem Studium der Verhandlungen über die Reparationsfrage seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages geht hervor, daß England sich stets bemüht habe, eine Grundlage für eine Verständigung ausfindig zu machen, bei der Deutschland auf gleichem Fuße mit den Alliierten verhandeln könnte. Noch jetzt lasse man sich in London trotz vierjähriger Erfahrungen von den Stimmen aus Berlin beeinflussen, die die Forderung erheben, daß Deutschland nicht die Demütigung einer Kapitulation zugemutet werden dürfe. Frankreich sei hingegen überzeugt, daß

Deutschland bis jetzt nicht die Ueberzeugung von seiner Niederlage gewonnen

habe oder daß wenigstens die deutsche Regierung, wenn sie selbst auch den Umfang dieser Niederlage kannte, das deutsche Volk niemals darüber aufgeklärt habe und daß deshalb Deutschland, weit entfernt, die mindeste Anstrengung zur Vertragserfüllung zu machen, immer nur danach getrachtet habe, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Die Konferenz von Spa und das Londoner Ultimatum vom Mai 1921 hätten den Beweis erbracht, daß Deutschland hinsichtlich seiner Reparationsverpflichtungen nur dem Zwange gehorche. Heute verhalte es, diesem Zwange mit Hilfe Englands zu entgehen. Der französische Botschafter müsse sich deshalb in seinen Verhandlungen mit der britischen Regierung hüten, sich auf Maßnahmen einzulassen, die unter dem Vorwande einer Einstimmung des passiven Widerstandes darauf hinausläufen, die Befugnisse Frankreichs als Besatzungsmacht und damit den französischen Druck selbst abzuschwächen. Deutschland müsse fortgesetzt die französischen Sätze zu spüren bekommen und Frankreich dürfe das Pfand nicht freigeben, bevor Deutschland restlos erfüllt habe.

Die englische Haltung hat ihren tiefsten Grund lediglich in der Befürchtung, daß die Befehle des Kabinetts den völligen Zusammenbruch der deutschen Zahlungsfähigkeit zur Folge habe. Diese Auffassung bestreitet Poincaré. Er entwirft darauf das aus seinen Reden bekannte Bild von Deutschlands Schein-

bankrott und kommt zu dem Schluß, daß Deutschland in einem von ihm zweideutig gewählten Zeitpunkte seine Ausgaben auf das Niveau seiner Einnahmen einschränken werde, was ein Reiches sei für ein Land, das keine militärischen Ausgaben mehr habe und keine andere Schuld mehr zu tragen habe als die der Reparationen, daß außerdem die Lastenfreisten und reichsten Steuerzahler der ganzen Welt haben werde. Diese Lage beschäufliche Frankreich, auch wenn sie England, wie es scheint, keine Sorgen mache. England lege sich keine Rechenschaft ab über die wahrhaft erschreckende Gefahr, die nicht allein Frankreich und Belgien, sondern auch England und ganz Europa bedrohe und als eine wirtschaftliche Hegemonie plötzlich auf den Plan trete, die Deutschland die Früchte in den Schoß werfe, die es vom Kriege erwartet hätte, wenn dieser siegreich für Deutschland ausgegangen wäre. Für Frankreich sei es unmöglich, sich der Auffassung der englischen Regierung zu nähern, ohne seine Unabhängigkeit aufs Spiel zu setzen. Belgien habe genau dieselben Interessen wie Frankreich und sei deshalb mit ihm ins Ruhrgebiet gegangen. Nichtsdestoweniger sei

Frankreich bereit, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten, sobald es seine Niederlage eingestanden habe

und sich verpflichtet fühle, seine Verpflichtungen zu halten. Die englische Regierung wisse genau, daß die deutsche Industrie, wenn sie aus der gegenwärtigen Krise unverehrt hervorgehe, nicht allein die Reparationslasten auf die übrigen Klassen der deutschen Bevölkerung abwälzen würde, sondern sich auch in einer derart vorteilhaften Lage befände, daß sie dank dem Ueberfluß an Arbeitskräften und der durchgreifenden Reorganisation ihrer Fabriken die konkurrierende Industrie erdrücken würde. Die französische und die belgische Industrie wären gezwungen, sich mit ihr zu verständigen, und wer darunter leiden würde, wäre die englische Industrie als erstes Opfer der Kurzsichtigkeit ihrer Regierung.

Poincaré sagt dann: Wir begreifen die Verlegenheit der englischen Regierung, die uns eine Antwort erteilen will. In der Tat sind es ja die Kriegsschulden, die die deutsche Schuld unbestimmt lassen und sie zum mindesten in den Augen der Angelsachsen so stark belasten. Wir verlangen Erfolg für die Kosten unseres Wiederaufbaues. Mit der

Bezahlung unserer Kriegsschulden können wir erst beginnen, wenn unsere verwüsteten Gebiete wieder aufgebaut

und die Wiederaufbauarbeiten verschwunden sind. Wenn die englische und die amerikanische Regierung zögern, deutsche Schuldverschreibungen der Serie C in Zahlung zu nehmen, so liegt das daran, daß sie deren unbestimmten Wert kennen und vor allem daran, daß sie nicht die Lasten auf sich nehmen wollen, selbst ihre Begleichung durch einen Schuldner zu betreiben, dessen häufiges Versagen und dessen Mangel an gutem Willen ihnen bekannt ist. Aber wir müssen ihnen sagen, daß wir

unsere Schuld nur nach Maßnahme des Einganges unserer Forderungen bezahlen

können. Wenn sie der Ansicht sind, daß unsere Schulden zu hoch sind, und wenn sie zur Herabsetzung oder Erleichterung bereit sind, so würden wir dies alsbald Deutschland zugute kommen lassen, d. h. wir würden von Deutschland nur das verlangen, was von uns selbst verlangt wird. Die deutsche Schuld ist von den Alliierten insgesamt am 1. Mai 1921 endgültig festgesetzt worden, daran können wir nichts ändern. Anders sieht es mit der von der Reparationskommission aufgestellten Staffel für die Begleichung der deutschen Schuld. Hier können von der Reparationskommission derartige Modifikationen zugelassen werden, daß gewisse Zahlungen aufgeschoben werden, und die

Tatsache, daß wir gezwungen sind, Deutschland Moratorium über Moratorium zu bewilligen,

stellt selbst eine Modifikation des Zahlungsstatus dar. Für den Augenblick gilt es als ausgemacht, daß die deutsche Schuld sich aus zwei Teilen zusammensetzt, einem, der sofort eingefordert werden kann, und doch nicht einmal eigentlich das, denn auf alle Fälle müssen wir ja Deutschland ein Moratorium gewähren, und einem zweiten Teil, dessen Verfalltag unbestimmt ist. Wir wären nicht ganz abgeneigt, uns angesichts der gegenwärtigen Lage Deutschlands über die möglichst baldige Zahlung desjenigen Teils der deutschen Schuld zu verständigen, der den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete enthält, und die Prüfung des zweiten Teils der deutschen Schuld und seiner Begleichung durch die Reparationskommission auf einen unbestimmten Zeitpunkt zu verschieben. Die Verhandlungen über die Bezahlung der Kriegsschuld würden dabei im gegenseitigen Einvernehmen auf den gleichen Zeitpunkt zu verlagern sein.

Ueber diesen wichtigen Punkt müßten die englische und die amerikanische Regierung sich vor allem aussprechen. Was die italienische Haltung anbelangt, so ist sie für den Fall der Kriegsschuld mit der Begleichung der Reparationen um so enger verbunden, weil ihre Schuld höher ist als ihre Forderung an Deutschland. Für Italien ist dies die wichtigste Frage, und Mussolini hat diese Frage erst kürzlich noch eingehend unserem Botschafter auseinandergesetzt.

Die französisch-belgischen Verhandlungen mit der englischen Regierung müßten daher auf sehr breiter Grundlage aufgenommen werden. Es sei sogar wahrscheinlich, daß Deutschland erst endgültige Vorschläge gemacht werden könnten, wenn die amerikanische Regierung wegen ihrer Ansichten sondiert worden sei.

Will Poincaré Frieden?

Eine Interpellation Marc Sangniers.

Paris, 14. August. (W.T.B.) Nach einer Havas-Nachricht hat der Pariser Abgeordnete Marc Sangnier einen Brief an den Ministerpräsidenten gerichtet, in dem er erklärte, der großartige Erfolg des II. internationalen demokratischen Kongresses in Freiburg in Deutschland habe gezeigt, daß es auf der anderen Seite des Rheins eine machtvolle pazifistische Bewegung gebe, die Frankreich weder zu verhöhnen noch zu vernachlässigen das Recht habe. Die Abgeordneten von 22 auf dem Kongreß vertretenen Nationen, darunter 25 französische Delegierte, hätten den mächtigsten und ermutigendsten Beschlüssen beizutreten können, besonders bei der Schlußfassung, in der 7000 Zuhörer die französischen Worte, die er, Marc Sangnier, gesprochen habe, mit einstimmigem Beifall begrüßt hätten. Die Deutschen seien in ihrem heißen Friedenwillen und in dem Wunsche, verständlich zur Lösung des Reparationsproblems beizutragen, mit Beweisen so weit gegangen, daß sie auf den Tisch des Hauses Schmutz und Gegenstände, ihre teuersten und tiefsten Andenken niedergelegt hätten. Der badische Staatspräsident, der damit die Drohungen der alldeutschen Presse beantwortete, habe Wert darauf gesetzt, persönlich der Eröffnungssitzung beizuwohnen, und dabei das Wort zu nehmen. Die pazifistische Jugend Deutschlands, Katholiken, Protestanten und Sozialisten, seien in großen Massen herbeigeströmt und erboten sich, mit allen Kräften beim französischen Wiederaufbau mitzuarbeiten. Der Abgeordnete bitter deshalb den Ministerpräsidenten, beim Wiederaufbau der Kammer eine Interpellation zur Diskussion zu stellen, die er hiermit einbringe und die sich auf die Haltung der französischen Regierung beziehe, welche diese gegenüber der Bewegung zugunsten des Friedens und gegenüber den prächtigen Äußerungen pazifistischer Energie seitens der neuen deutschen Jugend einnimmt.

Die Einstellung der Sachleistungen.

London, 14. August. (W.T.B.) Die Note der deutschen Kriegskostenkommission über die vorläufige Einstellung der deutschen Sachleistungen auch an die nicht an der Ruhrbesetzung beteiligten Mächte wird in der Presse mit Bemerkungen begleitet, nach denen diese beabsichtigte Hebung der deutschen Finanzkraft nur dazu dienen soll, den passiven Widerstand an der Ruhr zu stärken.

Gewerkschaftsbewegung

„Urich als Revolverheld.“

Die „Rote Fahne“ brachte in ihrer gestrigen Morgenausgabe unter dieser Zwischenüberschrift, im Rahmen ihres Generalliterarberichtes, über die bekannte Heldentat ihrer Diktaturproletarier folgende wahrheitsgemäße und gemütsfreie Schilderung:

Am Montag morgen forderte der zweite Bevollmächtigte des DRR, Urich, persönlich die Arbeiter der UEG, Brunnenstraße, zum Streikbruch auf. Da seine Schimpfereien erfolglos blieben, ging er bei einer Auseinandersetzung mit Streikenden in der Hufschmiedstraße dazu über, den Revolver zu ziehen! Die Waffe wurde dem heftig Sträubenden abgenommen, wobei Urich von den erregten Arbeitern eine Tracht Prügel kostete. Schupo nahm Urich in Schutz. Der „Vorwärts“ berichtet, daß Urich außer einem Nasenbeinbruch keine dauernden körperlichen Schädigungen erlitten hat.

Genosse Urich tritt dieser — Legende mit folgenden Ausführungen entgegen:

„Es wird den Schwindlern der „Roten Fahne“ nicht möglich sein, auch nur einen einzigen ihrer Streikenden zu finden, der den Nachweis führen könnte, wo ich am Montag früh in einer Versammlung gesprochen hätte. Richtig ist, daß, als ich in der Hufschmiedstraße mit einigen Kollegen über die augenblickliche Lage sprach, ein Trupp von ungefähr 50 Arbeitern auf mich zukam mit den Schimpfworten „Strolch und Lump“. Ich ging ruhig mit den Kollegen meines Weges weiter. Da plötzlich kam aus dem Restaurant König, Hufschmiedstraße, allem Anschein nach ein kommunistischer Stoßtrupp. Dieser überfiel mich mit den Worten „Schlagt den Lumpen tot“. Ritterweise hatte sich eine Menge von ungefähr 200 bis 300 Personen angesammelt. Ich wurde mit Faustschlägen traktiert.

Ich würde es im Interesse der Wahrheit begrüßen, wenn die Helden, die mir einen Revolver abgenommen haben wollen, denselben bei der „Roten Fahne“ abliefern würden. Auch hier wird sich keiner finden. Die Leute von der „Roten Fahne“ müssen natürlich eine Lüge auf die andere türmen, um eine neue Propaganda gegen die Führer der Gewerkschaften zu schaffen. Aber über eines bin ich mir heute schon im klaren: Die „Rote Fahne“ und die Kommunisten werden an ihren eigenen Lügen zugrunde gehen.

Dieser Optimismus des Genossen Urich teilen wir nicht. Die Verschweiger der Wahrheit mühten sich schon längst in ihren Lügen erstickt zu sein.

Ein Beispiel von vielen.

Aus den Kombi-Werken in Johannisthal wird uns berichtet: Hier, wo der 15. Ausschuss der kommunistischen Betriebsräte aus der Laufe gehoben wurde — der Obmann ist heute noch dort tätig — trafen die Kommunisten schon am Donnerstagsmorgen die Arbeiter ohne vorherige Versammlung oder Abstimmung aus dem Betriebe. Vor der rohesten Gewalt wurde nicht zurückgeschreckt. Besonders die Lehrlinge wurden solange geschlagen und mit Häfen getreten, bis sie das letzte Stück Werkzeug weggeschloßen hatten. Aber auch die erwachsenen Arbeiter wurden durch Schläge aus den Räumen entfernt. So wurde bei diesen Straftaten einem Arbeiter der kleine Finger vollständig abgehackt, einem anderen wurden die Rippen gebrochen, jedoch erst ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Unser Gewährsmann schreibt, daß die Arbeiterschaft gerade dieses Verles schon an vieles gewöhnt ist, die jüngsten Gewalttäter aber jeder Beschreibung spotten.

Berliner Metallformerlöhne.

In unserer gestrigen Morgenausgabe brachten wir eine Mitteilung über die Verlängerung des bisher geltenden Lohnabkommens der Metallformer. Durch einen Hörfehler bei der telephonischen Uebersmittlung dieser Notiz, gez. Bredow und Dr. Rudolf Goerzig erhielt sie leider die falsche Ueberschrift „Berliner Metallarbeiterlöhne“.

Streik in den Buchbindereien Berlins.

Die öffentliche Versammlung der in Buchbindereien Beschäftigten am 14. August nahm den Bericht der Verhandlung vor dem Reichsarbeitsministerium entgegen. Die Unternehmer boten einen Stundenlohn von 115 000 M. und erklärten, nicht in der Lage zu sein, den Lohn zu zahlen, der zurzeit in Buchbindereien gezahlt wird, es sei denn, sie bekämen genau wie die Buchdruckerbesitzer einen Zuschuß aus der Staatskasse. Der gefällte Schiedsspruch lautet: 220 000 M. in der Spitze.

Die Versammelten lehnten den Schiedsspruch ab und forderten Gleichstellung mit den Buchdruckerarbeitern und -arbeiterinnen in den Buchdruckerereien. Sollte wider Erwarten dieses Verlangen abgelehnt werden, dann soll die Buchbinderei-Arbeiterschaft in den Banknoten-Be-

trieben aufgefordert werden, in den Solidaritätsstreik einzutreten.

Heute mittag 12 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshauses große öffentliche Branchenversammlung aller in den reinen Buchbindereien Beschäftigten. Die Streikleitung.

Lohnabkommen in der Musikinstrumentenindustrie.

Der Bericht über die Lohnverhandlungen am Montag wurde abends in einer Funktionärerversammlung der gesamten Musikinstrumentenindustrie gegeben. Dorn berichtete über die Lohnverhandlungen, die folgendes Resultat zeitigten. Auf alle bestehenden Löhne und Akkordlöhne erfolgt ein Aufschlag von 215 Proz. Danach betragen in der zweiten Lohnwoche für August die tariflichen Durchschnittslöhne für Facharbeiter über 20 Jahre 841 965 M., in wöchentlich 48 Stunden 15 702 790 M. Am Dienstag erfolgt die erste Hälfte der Lohnzahlung in der Höhe von 800 000 M. pro Arbeitsstunde oder 6 000 000 M. für die erste halbe Arbeitswoche.

Die Entschädigungslöhne der Lehrlinge erhöhen sich um denselben Prozentsatz. Dieselben betragen im ersten Lehrjahr 612 891 M., im zweiten Lehrjahr 816 689 M., im dritten Lehrjahr 1 429 000 M. und im vierten Lehrjahr 2 449 881 M. In der Diskussion traten einige Unentwegte mit aller Entschiedenheit für Ablehnung ein, denn einmal gebe es doch kein Geld und zweitens habe die Versammlung nach dem vorher angenommenen Beschluß die Forderung der Betriebsräte sich zu eigen gemacht, der einen Lohn von 60 Goldpfennigen pro Stunde verlange. Die Versamm-

Unsere Gewerkschaftsgenossen

empfehlen wir dringend, heute früh in allen Betrieben zur üblichen Zeit die Arbeit wieder aufzunehmen.

lung zeigte in diesem Fall doch etwas mehr praktischen Sinn für die nackte Tatsache, daß der Sperling in der Hand besser sei als die Taube der 60 Goldpfennige auf dem Dache und stimmte nach einem kurzen Schlusswort Dorns dem Abkommen mit Mehrheit zu.

Auf die Beschwerden einiger Kollegen, daß sie bis Montag noch nicht den vollen Lohn vom Freitag erhalten haben, wurde geraten, die Entwertung mit in Anrechnung zu bringen und von den Unternehmern zu verlangen.

Schiedsspruch für die chemische Industrie!

Der Bezirksarbeitsgerichtsausschuss fällt am 18. August 1923 folgenden Schiedsspruch:

Für die Lohnwoche vom 8. bis 14. August beträgt der Spitzenstundenlohn des Betriebsarbeiters der Fachgruppe II in Ortsklasse A 210 000 M. für die Stunde. Die Familienzulage wird auf 350 000 M. pro Kopf und Woche erhöht. Diejenigen Arbeitnehmer, welche in der Lohnwoche vom 1. bis 7. August voll gearbeitet haben, erhalten eine einmalige Nachzahlung in

Ortsklasse	A	B	C und D
über 20 Jahre	2 000 000 M.	1 800 000 M.	1 600 000 M.
16—20	1 800 000	1 400 000	1 200 000
14—16	1 000 000	800 000	600 000

Diejenigen, welche kürzere Zeit gearbeitet haben, erhalten den anteilmäßigen Betrag. Da, wo bereits auf Grund des Rundschreibens Nr. 125/23 des Arbeitgeberverbandes Teilzahlungen (sowohl Abschlagszahlungen auf den Lohn oder die einmalige Nachzahlung zur Auszahlung gebracht worden sind, werden diese Zahlungen bei der nächsten Abrechnung von diesen Sägen in Abzug gebracht.

Eine Entschädigung über eine zweimalige Lohnzahlung für die laufende Arbeitswoche erscheint nicht erforderlich, da der Spruch für die laufende Lohnwoche erfolgt und für diese die Regelung bezw. Anweisung auf Auszahlung eines Teilbetrages des verdienten Lohnes bereits erfolgt ist.

Ueber den Antrag auf Erhöhung der Frauenlöhne auf 75 Proz. konnte keine Einigung erzielt werden.

Die neuen Lohn Tabellen können heute auf unserem Bureau abgeholt werden. Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Löhne in den Wagen- und Karosseriefabriken.

Nach der Lohnvereinbarung erhalten in der Woche vom 8. bis 14. August:

Facharbeiter	Grundlohn	Famenzulage	Gesamtlohn
Fachgruppe I.	194 000	85 600	279 600
Fachgruppe II.	187 000	85 000	272 000

Hilfsarbeiter Gruppe III im Alter von 18—20 Jahren 175 000 M., im Alter von 20—22 Jahren 194 000 M., über 22 Jahre 208 000 M.

Hilfsarbeiterinnen im Alter von 18—20 Jahren 182 000 M., von 20—22 Jahren 146 000 M., über 22 Jahre 187 000 M.

Jugendliche Arbeiter im Alter von 14—15 Jahren 52 000 M., von 15—16 Jahren 54 000 M., von 16—17 Jahren 60 000 M. und von 17—18 Jahren 68 000 M.

Die bis zum 7. August 1923 bestandenen Akkordlöhne erhöhen sich ab 8. August um 210 Proz.

Vorkaufszahlung erhalten am 14. August bei voll geleisteter Arbeit: Arbeiter über 21 Jahre 4 Millionen M., Arbeiter von 18—20 Jahren und Arbeiterinnen 2 Millionen M., mit Ausnahme der jugendlichen Arbeiter.

Das Wagenbau-Kartell.

Deutscher Verkehrsbund, Ortsverwaltung Spandau.

Die Ortsverwaltung hielt am Donnerstag ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der vom Vorstand gegebene Geschäfts- und Resolutionsbericht, der unter der Leitung von ein ganz anderes Gepräge erhalten hat, gab Aufschluß darüber, daß der treue Zusammenhalt in der Organisation gewahrt blieb. Der Wirtschaftsausschuss hat sich gegen das letzte Halbjahr etwas gebessert, da die Arbeiterschaft erkennt, daß gerade jetzt gutgefügte Organisationen von größtem Werte sind.

Zum Vorsitzenden wurde Alfred Wäl gewählt, als Beisitzer Richard Gogger und als Revisor Paul Gogger; als Delegierter für die Gewerkschafts-Unterkommission wurde Max Richter bestimmt und als Vertreter in dem Gauvorstand Alfred Meiser.

Zu sehr lebhafter Aussprache führte ein Antrag auf Aufschub der Ortsverwaltung an Groß-Berlin. Der Vorsitzende berichtete ausführlich über den Stand der Angelegenheit und schloß an treffenden Beispielen die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit dieses Aufschlusses, durch den der Kollegen die große Vorteile erwachsen. In den bestehenden Einrichtungen in Spandau werde nichts geändert. Das Bureau mit seinen Einrichtungen und den Angestellten bleibe bestehen. Doch werde das Tätigkeitsgebiet Spandau jedenfalls durch Hinzutritt einiger Großbetriebe wesentlich erweitert. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, zum 1. Oktober 1923 den Aufschub zu vollziehen. Damit ist endlich die geschlossene Reihe gebildet. Der Deutsche Verkehrsbund wird auch in dem erweiterten Wirkungsbereich seine Aufgaben in gewohnter Weise und Zuverlässigkeit zu erfüllen suchen.

Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission und des Ortsvorstands des VV-Bundes morgen abend 8 1/2 Uhr in den „Andreas-Festjulen“, Andreasstr. 21. Tagesordnung: „Stellungnahme zu den letzten Vorgängen.“ Die Delegierten beider Brüderlichen Spitzenorganisationen sind verpflichtet, bestimmt und pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es. Mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit erfolgt keine schriftliche Einladung, sondern nur durch diese Bekanntmachung. Delegiertenkarte und Mitgliedsbuch legitimieren.

Im Berliner Zeitungsgewerbe ist nach Mitteilung des VVf, das vorläufige Abkommen vom 2. August aufgehoben worden. Vereinstadt wurde, daß heute 160 Proz. des Zulagebetrags abzüglich der am 11. August geleisteten Zahlungen zur Auszahlung kommen. Ueber die Höhe der am 18. August zu leistenden Akkordzahlung wird heute verhandelt werden.

Die Lohnvereinbarung der Reparaturfacharbeiter für die Zeit vom 13. bis 18. August sieht einen Stundenlohn von 100 000 M. vor. Morgen wird über die Festsetzung werksfähiger Löhne verhandelt, wozu eine Branchenversammlung am Montag im Gewerkschaftshaus Stellung nehmen wird.

Für die kaufmännischen Angestellten des Baugewerbes erfolgt nach einer mit den drei Arbeitgeberverbänden des Baugewerbes getroffenen Vereinbarung bis zum 15. August die Zahlung des dreifachen Zulagebetrags als erste Akkordzahlung.

Achtung Brunnenbauer! Die Lohnverhandlungen sind durch das geringe Entgegenkommen der Unternehmer gescheitert. Weiteres am Freitag oder Samstagabend durch die Presse. Die Lohnkommission.

C. P. Herz Werte Friedenau und Zehlendorf. Die Arbeitsaufnahme kann heute, Mittwoch, noch nicht erfolgen. Betriebsversammlung vormittag 11 Uhr im Albrechtshof Steglitz. Anschließend Lohnzahlung.

Solarbeiterverband. Funktionärerversammlung aller dem Reichsmetallarbeitersverbanden Betriebe heute 7 Uhr in den Germania-Hallen, Chausseestr. 116. Bericht von den Lohnverhandlungen.

Verein der Buchbinder und Papirerzweiger, Buchbinderbund. Heute mittag 1 Uhr im Hotel Altem, Potsdamer Platz. Branchenversammlung der in reinen Buchbindereien und Buchdruckerereien beschäftigten Buchbinderbesitzer. „Der Lohnkampf im Buchbindergewerbe.“ Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Arthur Sauerwald, Friedberg; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Glatzer, Berlin; Sozialisten: A. S. Widler, Wilmersdorf; Relais und Sonstiges: Felix Karst, Wilmersdorf; Anzeigen: H. Grotz, Berlin. Verlag: Formis-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formis-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. W., Lindenstraße 3. Stern 1. Beilage.

Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches

1. **Sicherung.** Zinsen und Rückzahlung reichsgesetzlich sichergestellt durch die Belastung der Gesamtheit der deutschen Privatvermögen.
2. **Steuerbefreiungen.** Die Anleihe ist von der Wertschöpfungssteuer und selbstgezeichnete Anleihe von der Erbschaftsteuer befreit.
3. **Beleihungsmöglichkeit.** Die Anleihe wird von den Darlehensklassen des Reiches beliehen.
4. **Börsenfähigkeit.** Die Einführung zum Börsenhandel erfolgt sofort nach Ausgabe der Stücke.

5. Zeichnungsbeginn: 15. August 1923.

6. **Jederzeitiger Schluß** der Zeichnung bleibt vorbehalten.
7. **Zeichnungsstellen:** Zeichnungen können bei der Reichsbank und bei den im Prospekt angegebenen Stellen, sowie bei diesen durch Vermittlung sämtlicher Banken, Bankiers, Sparkassen und ihrer Verbände und Kreditgenossenschaften bewirkt werden.
8. **Zeichnungspreis:** bis auf weiteres 100% für Markenzahlungen, 95% für Einzahlungen in Devisen und Dollarschannweisungen. Erhöhung bleibt vorbehalten.
9. **Einzahlungen.** Sie haben sofort bei der Zeichnung zu erfolgen. Für Markzahlungen ist maßgebend der dem Zeichnungstage vorhergehende letzte amtliche Berliner Mittelkurs der Auszahlung New York. Für Deviseneinzahlungen

wird das Wertverhältnis der einzelnen Währungen zum Dollar besonders bekanntgegeben. Es ist bei den Annahmestellen zu erfahren. Dollarschannweisungen werden zusätzlich der jeweiligen Zinsen von 1/2% im Monat wie Dollar in Zahlung genommen.

9. **Stückelung.** Vorgegeben sind Stücke zu 4,20 M. = 1 Dollar, 8,40 M. = 2 Dollar, 21 M. = 5 Dollar, 42 M. = 10 Dollar, 105 M. = 25 Dollar, 210 M. = 50 Dollar, 420 M. = 100 Dollar, 2100 M. = 500 Dollar, 4200 M. = 1000 Dollar.
10. **Verzinsung.** Die Stücke von 10 Dollar und darüber tragen auf 5% lautende jährliche Zinsscheine, deren erster am 1. September 1924 fällig ist. Die Stücke über 1, 2 und 5 Dollar werden ohne Zinsscheine ausgegeben, aber nach 12 Jahren mit einem Aufgeld von 70 v. H. zurückgezahlt, während die Stücke von 10 Dollar und darüber zum Nennwert zurückgezahlt werden.
11. **Einslösung.** Die Zinsscheine werden bei Fälligkeit vom 1. September jedes Jahres ab, die Stücke am 2. September 1935 ausgezahlt, und zwar in Mark, wobei der Dollar zum Durchschnitt der amtlichen Berliner Notierung des Mittelkurses für Auszahlung New York in der Zeit vom 15. Juli bis 14. August einschließlich in dem in Betracht kommenden Jahre umgerechnet wird. Der Einslösungskurs wird amtlich bekanntgegeben.

Freiheitliche Bücherei.

Will folgen die Berliner Stadtbibliothek oder vielmehr Ausschritt daraus. Denn als Ganzes dient sie jedweder Art Belehrung und Unterhaltung, wie es Bücherschätze irgend vermögen, und tut es mit einer Liberalität, die allgemein als vorbildlich anerkannt wird. Eine besondere Bedeutung unter ihren Abteilungen mit bald einer Viertelmillion Bände beanspruchen aber die Sammlungen, die für das Studium freiheitlicher und sozialer Bewegungen ein Quellenmaterial von nahezu beispielloser Vollständigkeit darbieten.

Ein Grundstock bildet die Friedländer'sche Sammlung. Dr. Georg Friedländer war Arzt, in Dorpat als Sohn des dortigen Professors Eberhard David Friedländer geboren und erzogen. Als er nach Berlin übersiedelte, waren die Stürme von 1848 schon sieben Jahre verrauscht, aber die Wogen des Parteikampfes gingen unter dem Druck der Reaktion immer noch hoch. Friedländer war Demokrat, ohne sich an den öffentlichen Erörterungen zu beteiligen. Sein politisches Interesse betätigte sich in der Ermittlung aller erreichbaren Zeugnisse zur Entstehung und Entwicklung der Bewegung des „tollen Jahres“, zunächst in Berlin, dann in Preußen, schließlich in den anderen deutschen und den fremden Staaten. In bewundernswertem Sammelrausch wühlte er die Erzeugnisse der Junghegellianer aus dem Kreise der Freien zusammenzutragen, die Schriften Bruno und Edgar Bauers, die Rheinischen Jahrbücher, Gesellschafts-Spiegel, großes Bürgerbuch, tausende Broschüren, gesellschaftlichen Inhalts, große Wappen mit Zeitungsskizzen, Plakate, Pamphlete, Karikaturen, humoristische und satirische Gedichte und unzählige andere Früchte des Tages, die fast kaum irgendwo aufbewahrt und auffindbar sind. Mit Fug sagt Dr. Arnd Buchholz, der kundige Leiter der Stadtbibliothek, in den „Beiträgen zur Kulturgeschichte von Berlin“ über Friedländer: „Seine glückliche und geschickte Hand hat in der Arbeit eines Menschenalters eine Spezialbibliothek der Literatur des liberalen Reformgeistes aufgebracht, die ihresgleichen sucht. Sie ist ein literarisches Hilfsmittel ersten Ranges, und der 1897 erschienene Katalog erteilt, trotz ihrer Benutzung ganz außerordentlich, da er auch die nach Tausenden zählenden Drucke in chronologischer Ordnung aufzählt und die vielen Waueranschläge mit kurzem Regest versehen.“ Die Sammlung ist nicht bei 1848 stehen geblieben, geht zurück auch in die kirchliche Bewegung der vormärzlichen Zeit und schreitet fort bis zur Beilegung des Verfassungskonflikts im Jahre 1886. Friedländer war eng befreundet mit Paul Singer, dessen Entschluß es zu verdanken ist, daß die unschätzbare Sammlung als Geschenk an die Stadt Berlin überging.

Eine überaus wertvolle Ergänzung hat diese Sammlung durch die Bibliothek des im Februar 1918 verstorbenen sozialdemokratischen Stadterordneten Basner erhalten. Es sind 3500 Bände sozialistischer und anarchistischer Literatur, darunter Zeitschriftenreihen, wie sie in gleicher Vollständigkeit allenfalls in der Staatsbibliothek oder im Archiv der Sozialdemokratischen Partei, außerhalb Berlins aber nirgends zu finden sind. Da sind „Anarchist“, „Autonomie“, „Fackel“, Johann Most's „Freiheit“, „Akademiker“, 17 Jahrgänge „Agitator“, „Berliner Sozialdemokrat“ 1864 bis 1876, der alte „Vorwärts“ 1876 bis 1878, der „Fürchter Vorwärts“ 1879 bis 1890, die gesamte gewerkschaftliche Literatur der letzten 40 Jahre; ferner durchaus in Erstausgaben sämtliche Schriften von Lassalle, Marx, Engels, Bebel, Liebknecht, eine Flut von Flugblättern, alles in tadellosem Zustand, selbstverständlich auch die lädenlosen Protokolle der Parteitage. Die Sammlung ist so reichhaltig und wichtig, daß sich die Regierung der russischen Sowjetrepublik um ihren Erwerb eifrig bemühte, ersichtlicherweise vergebens. Die Basnersche Sammlung, so gut wie die Friedländer'sche, steht in der Stadtbibliothek jedermann zur Verfügung.

Beide werden auch bereits reichlich für Forschungen benutzt. Beispielsweise das sehr brauchbare Buch Tim Kleins „Der Vorwärts“ beruht ganz überwiegend auf den Materialien der Stadtbibliothek. Hier hat auch Joh. Scherm aus Stuttgart lange an seiner Geschichte des Metallarbeiterverbandes gearbeitet. Professor Fr. Meincke gibt neuerdings häufiger für Doktorarbeiten Thesen über Zeit und Männer von 1848, wobei die Stadtbibliothek dann bessere Dienste leistet als irgendeine andere Bücherei, erstens wegen ihres literarischen Reichtums, zweitens wegen ihrer von aller bürokratischen Schwerfälligkeit freien Verkehrsformen.

Schade, daß auch die Stadtbibliothek nur zu sehr unter der drückenden Not der Zeit zu leiden hat! Gibt es keine Mäzene mehr? Gibt nicht mehr das Wort: Reichtum verpflichtet?

Beruhigung in Berlin.

Eine vereitelte Straßenbahnfalle in der Frankfurter Allee.

Der gestrige Tag ist in Berlin im allgemeinen ruhig verlaufen. Mit der langsamen Arbeitswiederaufnahme verringert sich auch für die radikalen Heher die Möglichkeit, die Massen zu neuen Unüberleglichkeiten aufzustacheln. Der Berliner Verkehr nahm wieder das gewohnte Bild an. Nur in der Frankfurter Allee kam es gestern nachmittag noch zu wüsten Szenen.

Eine größere Menschenmenge versuchte dort den Straßenbahnverkehr stillzusetzen. Sie trug an der Ecke der Friesenstraße so viele Plastersteine, die in der Nähe lagen, zusammen, daß es einem Straßenbahnzuge nicht mehr gelang, durchzukommen. Die Menge griff dann auch die Wagen an und zertrümmerte die Fensterscheiben. Zwei Beamte der Schutzpolizei, die sich auf dem Zuge befanden, waren machtlos und riefen Hilfe herbei. Das 80. Revier entsandte zehn Beamte. Als diese sich nun anschickten, die auf einige 1000 Personen angewachsene Menge zurückzudrängen, fielen einige Schüsse, ohne einen der Beamten zu treffen. Diese erwiderten mit mehreren Karabinerschüssen. Die Menge wurde schließlich zerstreut und der Straßenbahnverkehr wieder hergestellt. Wie man sehen konnte, trugen sie einen Verwundeten mit sich fort. Ob noch mehr Personen getroffen worden sind, ließ sich nicht feststellen. Die Ruhe war bald wieder hergestellt.

Im ganzen Umfange konnte der Straßenbahnverkehr auch am gestrigen Nachmittag noch nicht wieder aufgenommen werden. Nur aus dem Innern der Stadt nach dem Westen verkehren die Wagen einigermaßen regelmäßig. Im Norden und Osten waren überall radikale Elemente am Werke, um die Wagen anzuhalten, die Fenster zu zertrümmern und die Führer zu belästigen und zu mißhandeln. Man hofft jedoch, daß nach dem allgemeinen Befanntwerden des Streikabbruchs und wenn die Arbeit am Mittwoch früh aufgenommen wird, der Verkehr wieder regelmäßig sein wird.

Das ausständige Personal der Betriebswerkstätten der Eisenbahndirektion Berlin hat sich gestern, dem Aufruf des Reichseisenbahndirektionspräsidenten folgend, größtenteils wieder zur Arbeit gemeldet. Nur in Lichtenberg streikten etwa noch 75 Proj. der Arbeiter auf den verschiedenen Bahnmeisterereien. Der Eisenbahnverkehr wickelt sich nach wie vor fast fahrplanmäßig ab.

Lebensmittel im Anrollen.

Durch den Aufruf des Gesamtvorstandes des Reichs-Landbundes veranlaßt, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, der Großgrundbesitz von Bestow und Storkow nach in dieser Woche 36 Waggons Kartoffeln und 40 Stück Großvieh auf den Berliner Markt bringen. — Da Berlin 4 Millionen Einwohner zu ernähren hat und 36 Waggons etwa 720 000 Pfund Kartoffeln enthalten, so kann man sich ausrechnen, wie viel Kartoffeln noch angerollt werden müssen, um den Bedarf zu decken. Indessen ein Anlang ist besser als nichts.

Aus der Art geschlagen.

Ein Millionärssohn als Diebstahl.

Auf abschüssiger Bahn ist der Bankbeamte Paul Deutsch geraten, der sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Diebstahls zu verantworten hatte. Deutsch entstammt einer reichen Fabrikantenfamilie, hat Medizin studiert, war aber nach dem Kriege in das Bankfach übertreten, dann aber in schlechte Gesellschaft geraten und hatte dauernd in Spielklubs verkehrt und dort viel Geld verloren.

Um seine Spielverluste zu decken und wieder Geld zu neuem Spiel zu gewinnen, war er so weit gekommen, auf Diebstahl auszugehen. Im Café Bauer war er eines Abends erschienen und hatte den Augenblick benutzt, als sich ein Gast, ein Ausländer, von seinem Platz entfernte, aufzuspringen, dessen Mantel vom Ständer zu nehmen, ihn anzuziehen und davonzulaufen. Sein Benehmen war anderen Gästen aufgefallen, und man nahm die Verfolgung auf. Es gelang ihm aber, zu entkommen. In dem Mantel hatte sich ein Wertpapier über 5000 Pfund befunden. Als der Angeklagte einige Tage später durch einen Bankier das Papier verkaufen lassen wollte, wurde er festgenommen, da inzwischen die Sperre durch den Besitzer veranlaßt worden war. Der Angeklagte bestritt, der Dieb des Mantels zu sein, und behauptete, daß er im Spielklub das Papier von einem Ausländer als Zahlung erhalten hätte. Da der Angeklagte aber auch von den Zeugen als der Manteldieb mit Bestimmtheit wiedererkannt wurde, hielt das Gericht keine Angaben für faule Ausreden und verurteilte ihn wegen Diebstahls zu 9 Monaten Gefängnis. Das Gericht billigte dem Angeklagten aber mit Rücksicht darauf, daß er infolge des Krieges unter der Einwirkung der Malaria an zeitweiliger Nervenschwäche leidet, eine Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Buße von 30 Millionen Mark zu. Das Gericht ging dabei von der Ansicht aus, daß die Buße der reiche Vater ohnehin bezahle, sich aber dadurch veranlaßt sehen werde, mit größter Sorgfalt in Zukunft auf seinen leistungsfähigen Sohn zu achten.

Neue Tarifierhöhung bei der Hochbahn.

Die Hochbahn-Gesellschaft teilt mit, daß sie infolge der sprunghaften Erhöhung der Kohlenpreise und der Löhne ihre Fahrpreise am Donnerstag, den 16. August, nochmals erhöhen muß und zwar in folgender Weise: Bis zum 5. Bahnhof 3. Klasse 25 000 M., 2. Klasse 35 000 M., für die ganze Strecke 3. Klasse 35 000 M., 2. Klasse 45 000 M. Bis zu 10 Stationen kosten bis zum 5. Bahnhof 3. Klasse 220 000 M., 2. Klasse 310 000 M., für die ganze Strecke 3. Klasse 310 000 M., 2. Klasse 400 000 M. Wochenkarten zu zwölf Fahrten für die ganze Strecke kosten: 3. Klasse 310 000 M., 2. Klasse 400 000 M.

Schmalz für Minderbemittelte.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: In der Zeit vom 26. Juli bis 15. August erfolgte seitens des Ernährungsamtes der Stadt die erste Ausgabe von 1/4 Pfund Schmalz für die minderbemittelte Bevölkerung auf gelbe Karten. Infolge eines Verzehens sind bereits grüne Schmalzkarten, die erst bei der zweiten Ausgabe vom 27. August ab mit Schmalz beliefert werden sollten, von den Verkaufsstellen eingestrichen worden. Da das Schmalz für die zweite Hälfte (Verkaufszeit vom 27. August bis 15. September) noch nicht angeliefert war, konnten vereinzelt gelbe Schmalzkarten nicht mehr beliefert werden. Diese Karten werden jedoch bei der zweiten Schmalzausgabe nach beliefert werden, und zwar zum alten Preise von neuntausend Mark pro 1/4 Pfund, sofern sich die Inhaber eine dahingehende Bescheinigung durch die zuständigen Bezirksämter ausstellen lassen und diese mit dem Gutschein beim Kauf abgeben. Im Bezirk Lichtenberg gelten für die erste Schmalzausgabe grüne Karten. Hier werden den Inhabern nichtbeliefelter grüner Schmalzkarten auf Antrag gleiche Bescheinigungen ausgestellt.

Einigung zwischen Apothekern und Krankenkassen.

Die Verhandlungen zwischen den Berliner Apothekern und Krankenkassen, die am 11. August im Ministerium für Volkswohlfahrt fortgesetzt wurden, haben, wie dem Amlichen Preussischen Pressedienst von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, zu einer Einigung geführt.

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

(Schluß.)

Und auf der Mauerfläche der Graupenmühle erschien ein ungeheurer langes, schleimiges, schwarzes Tier, das sich an den Siebeln der Paddhäuser vorbeiwand und von der Knipfelsbrücke bis zum Trangraben reichte. Gude sah bald, daß es ein ganz gewöhnlicher Kat war, der nur hundertmal vergrößert und von Rustads Lampe über das halbe Christianshavn projiziert war.

Neue Bilder zeigten sich, die Küste von Japan kam zum Vorschein: Dschunken mit gerippten Segeln, Terrassen und Tempel, Gärten mit blühenden Kirschbäumen, gemöblte Brücken und in der Ferne der weiße Vulkan Fujiyama. Bambusheden standen an dem gewaltigen Körper des Motorschiffes „Malakka“, Elefanten schritten mit Lasten aus den Wäldern Penangs heraus.

Bewegt und verwundert folgte Gude diesen Küsten, die langsam, Gegend auf Gegend, aus den schwarzen Kanälen emporwuchsen. Viele von ihnen hatte er auf seinen Reisen gesehen. Jetzt kamen sie aus der Ferne herber und trafen die weitbreiten Schiffe des Hafens wieder.

Sein Blick fiel auf die beiden Männer, die hier auf dem morschen Deck seines alten Kastens gestrandet waren: der Kapitän memorierte schwerfällig seine Reisen, Rustad rollte seine Bilder ab, sein großes Gesicht war trübe und still, die gewaltigen Wangen hingen in Falten herab, mechanisch gab er jetzt die Umwelt durch rollende Wolken wieder, müde, sie mit Pinsel und Palette zum Ausdruck zu bringen.

Gude dachte, für einen hararierten Seemann gäbe es immer Rat und immer Aussicht, einmal wieder Feuer zu erhalten — und einmal ließe wohl auch eines der Schiffe der Dänischen West vom Stapel mit Kapitän Högelund an Bord.

Rustad reiste nach den Lofoten, um sich selbst wieder zu treffen. Lange genug hatte er an Spielisch und Börle gewürfelt, hatte die Kriegslahre, auf dem Rücken liegend, fern von seinem nördlichen Meere und den ewigen Bergen, im Chaos der Städte verloren, verträumt, wie ein Gott hier von den engen Kanälen aus, freigebig und vergesslich, die genügsamen kleinen Schiffsale, die er traf, formend. Jetzt öffnete er wohl wieder keinen ungeheuren Mantel wie eine Flughaut, um zu fliegen. Ob neue Gesichte seinem ins Meer gesentten Sinn, seinem wogenden, dumpfen Genie begegnen mochten?

Gude blieb stehen und blickte über den Hafen. Die anderen waren jetzt von Bord gegangen. Nur Gerda stand

in der Nähe, schweigend wie er selbst, den schwarzen, verrinnenden Strömen folgend.

Er dachte daran, daß die schweren Zeiten sicher längst noch nicht vorbei waren: Stürme würden von neuem kommen, ihr Kreislauf würde treffen, was das frühere Unwetter stehen gelassen hatte! Lange, lange würde es dauern, bis die Fahrt sicher und die Zukunft gewiß würde.

Wie Bruchstücke sah er sein eigenes Leben, jeden Teil mit seinem kleinen Schiffbruch, aus dem er sich nur auf einer kleinen Planke gerettet hatte — und noch trug er den Ballast bei sich, der das letztmal sein Boot zum Kentern gebracht hatte. Zuerst die Kindheit: Dunkel und Grauen der Urzeit, neidische Feinde rings, und droben die barbarischen Götter! Die Anabensjahre: die Disziplin der Schule, der stolze militärische Zwang, der schwer mit einem geteerten Lauende die Idee seiner Klasse bewies! Endlich die Zeit des Mannesalters, in die er, dessen Laufbahn gebrochen war, belastet mit der Zucht seines Aufwuchses, dessen Strammheit und Stiel, dessen targer Reserve, trat!

Er sah aber die dunkle Stadt hinaus, deren Umrisse sich schwer gegen das letzte Licht der Luft abzeichneten. Ihre Flügel und Spitzen spiegelten sich im Hafen: Türme und Wellen! Seine Stadt — Kopenhagen! — Hier geboren, verbannt, zurückgekehrt — und doch nur durch die Troste seiner ausgedienten Bark, die gegen das Bollwerk des Hafens schauerte, am Land verümt.

Türme und Wellen —! Turmfest hatte auch er eine Zeitlang gestanden, erstarrt, von seiner angeborenen Form, von der schroffen Idee seiner Klasse bestimmt — oft aber war er auch von den pfadlos wogenden Strömen mitgerissen worden. Beide Teile waren wohl sein Leben! Türme sowohl wie Wellen brauchte er wohl in der Zukunft, die kam.

Stolz auf seinen Sieg fühlte er sich jetzt keineswegs. Viel war verloren, nur ein geringer Teil geborgen. Halb in rollendem Chaos, halb versteinert, wie die Welt jetzt war, gab es nur wenig Raum für die naekten Ideen, die lustigen Formeln. Nach persönlichem Vorbehalt und selbstfüchtiger Lebensanschauung fragte niemand mehr. Entschlossene Praxis und handfeste Realpolitik brauchte man.

Andreas Pouli war wohl endgültig aus dem Felde geschlagen. Gude hatte gehört, daß er zu seiner Gattin zurückgekehrt war und es sich von neuem gemütlich machte in seinem bescheidenen Heim aus der Zeit, ehe die Wasser stiegen und ihn in die Höhe trugen. Aber neue Topen waren sicher im Anzuge. — Blasen aus dem Sumpfe am Fuße der Ruinen. Den schlammigen Strom würde er von neuem treffen! Handgemeine mit Leuten, deren Hände, wohin sie griffen, Sklammspuren hinterließen — besser wurde es wohl nicht für den, der bergegen wollte! —

Zermalmend spürte er seine Einsamkeit hier. Es war

spät, die letzten Lichter erloschen gerade jetzt. Die heiße Nacht benahm ihm den Atem. In Unruhe wandte er sich um und sah, daß er allein war. Wenige Augenblicke zuvor stand Gerda noch, über die Kelling gelehnt, neben ihm und mochte ihrem eigenen heimatlosen Sinne lauschen. Sie war nicht mehr da, still hatte sie sich gewandt und war ohne ein Wort gegangen.

Angstlich und einsam spähte er durchs Dunkel. Ehen erst hatte er ihr Antlitz, ihre bebenden Lippen, die Brust, die sich der Nacht entgegenhob, gesehen — den Wellen zustrebend wie die weiße Figur am Steven der Bark.

Suchend tastete er sich über das Deck. Die Finsternis lag dicht vor seinem Gesichte, sie qualmte aus den schwarzen Kanälen empor, wurde als Schlamm durch alle Poren des morschen Schiffes gezogen. Heiß wie der Brodem eines Treibhauses, betäubend und schwer vom Duft der Blumen umgab ihn die Nacht. Wohin seine Hände griffen, waren Ranken, er war umgarnit von einem Wald von Dianen, dornige Stengel streiften seine Wangen.

Er küsterte ihren Namen, rief wieder, seine Sehnsucht stieg zu unerträglicher Entbehrung. Irr wanderte er hier in ihrem Garten, betäubt und berauscht. Verborgt sie sich vor ihm in der Dunkelheit — entwich, lockte und tief sie? War es wohl ihr Schritt, den er jetzt hörte, der Laut ihrer schnell huschenden Schritte? Regte es sich nicht jetzt leise hinter den Blumen? Aber wo er suchte, war es leer, wo er lauschte, still.

Plötzlich stand er vor einer Tür, wußte, daß sie zur Kajüte führte, wo sie schlief. Leise schloß er den Türgriff, er gab nicht nach. Er rief: „Gerda! Ich bin es! Laß mich ein.“ Ob sie ihn hörte, ob sie verstand, daß er sie suchte, daß er ihre Hand in der seinen brauchte, um sie an sich zu ziehen, sie bei sich zu behalten — immer und jetzt?

Lange stand er lauschend, atemlos, und wartete auf ihre Antwort. Alles war still, die Nacht lautlos und tief.

Langsam wandte er sich und ging zurück. Den Weg nach vorn fand er jetzt ohne Schwierigkeit. Er tastete sich die Treppe zu seiner Kajüte hinunter. Von Schlaf würde sicher nicht die Rede werden. Er dachte trübe und unruhig an die Arbeit, die ihn auf seinem Tische erwartete, wie viele Nächte zuvor, die trodrene Statistik, die äden Kolonnen, die er für das neue Tabellenwerk, das er schrieb, brauchte. Was war es anderes, als hoffnungslos des Lebens Ebbe und Flut zu folgen — wie jene alte Zählerin, die ihren ewigen Goldstrom aus einem Gefäß in das andere schöpfte.

Er fand seine Tischlampe, zündete sie an, öffnete die Tür zu seinem Arbeitsraum und trat ein. Im selben Augenblick wurde ein anderes Licht angezündet. Durch die durchbrochenen Wandpaneele sah er in Gerdas Kajüte. Da stand sie, ihm zugewandt, die Lampe in der erhobenen Hand, und begegnete ihm ohne Verwunderung, als hätte sie jahrelang hier auf ihn gewartet.

Immer noch „Kaiserliche“ Post!

Die deutsche Reichspost hört nicht auf, amtliche Schriftstücke hinausgehen zu lassen, durch die unsere Deutsche Republik für ihre Feinde ein Gegenstand des Spottes werden muß. Immer wieder kommt es noch vor, daß in postamtlichen Formularen, die aus den Tagen des Kaiserreichs übrig geblieben sind und der Papierverwertung wegen aufgebraucht werden sollen, die Durchstreichung des Zusatzes „Kaiserlich“ unterlassen wird. Aus der letzten Zeit seien hier zwei besonders auffällige Fälle mitgeteilt.

Vom Postamt Berlin-Brig erhielt ein Mann, der seine Postfächer selber abholen wollte, ein Formular zu einer sogenannten Abholungserklärung. Darin kam dreimal das Wort „Kaiserlich“ vor, aber nicht ein einziges Mal hatte der verantwortliche Beamte seine Feder in Bewegung gesetzt, um die alberne Bezeichnung zu durchstreichen. Noch im Juli 1923, vier Jahre nach Verkündung der republikanischen Verfassung des Deutschen Reiches, muß ein Bürger der Deutschen Republik sich das bieten lassen! Ende Juli 1923 sandte das Postamt Bremen 5 nach Berlin an die Einlaufzentrale des Verbandes sozialistischer Arbeiterjugend eine Mitteilung, daß ein von ihr nach Bremen ausgegebenes Paket unbestellbar sei. Das Formular der Unbestellbarkeitsmeldung enthielt an vier Stellen das Wort „Kaiserlich“, ohne daß der ausfertigende Beamte, der an vielen Stellen handschriftliche Eintragungen zu machen hatte, durch ein paar kräftige Striche seiner Feder die seit nun bald fünf Jahren erledigte „Kaiserlichkeit“ der deutschen Reichspost ausgetilgt hätte. Überall steht das Wort „Kaiserlich“ an so auffälliger Stelle, daß der Beamte bei der Ausfüllung des Formulars geradezu darüber stolpern mußte.

Im gesamten Bereich der deutschen Reichspost wird es, nehmen wir an, seinen Beamten mehr geben, der immer noch nicht begriffen hätte, daß solche Schriftstücke wirken müssen wie ein Hohn auf die Deutsche Republik. Kann einer sich vorstellen, daß in den Zeiten der Monarchie irgendein Postbeamter ein amtliches Schriftstück hinausgehen lassen, durch das die Monarchie lächerlich gemacht worden wäre? Niemand wird zweifeln, daß man diesen Beamten — gleichgültig, ob eine Absicht oder nur Nachlässigkeit vorlag — mit rücksichtsloser Härte bestrafen hätte. Wir haben aber noch niemals gehört, daß nach Beseitigung der Monarchie ein Postbeamter in Fällen, wie es die oben geschilderten sind, gebührend zur Verantwortung gezogen worden wäre.

Es wird Zeit, daß diejenigen Postbeamten, die Wert auf die Wahrung des guten Rufes der deutschen Reichspost legen, selber die Sacke in die Hand nehmen. Sie sollten, damit der Skandal einmal aufhört, an den Minister die sehr bestimmte Forderung stellen, endlich durch Anwendung schärferer Mittel eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse unmöglich zu machen.

Stadtgeld gefälliges Zahlungsmittel.

Die durch Ueberdruck der früheren 100-M., 500-M. und 1000-M.-Scheine hergestellten neuen städtischen Notgeldscheine über 500 000 M., 1 000 000 M. und 3 000 000 M. sind vom Reich und Staat als gefälliges Zahlungsmittel erklärt worden. Die Zurückweisung dieser Noten ist daher unzulässig. Die Banken, öffentlichen Kassen und Gewerbetreibenden werden gebeten, angesichts des Zahlungsmittelmangels die Bemühungen der Stadt Berlin zu dessen Behebung durch Förderung des Notgeldumlaufes sowie durch Aufführung und Beispiel zu fördern.

Wir verweisen auf das Inserat in der heutigen Nummer der in der Stempelerklärung zusammengeschlossenen Banken, die, um der herrschenden Zahlungsmittelnot nach Möglichkeit abzuhelfen, gegenseitig Schecks auf einander in Beträgen von 500 000 M., 1 000 000 M., 5 000 000 M. und 10 000 000 M. gezogen haben. Diese Schecks sind als Ersatz für bares Geld bestimmt. Die Eisenbahndirektion Berlin und die Oberpostdirektion Berlin haben ihre sämtlichen Kassen angewiesen, diese Schecks in Zahlung zu nehmen. Die Banken bitten die Berliner Geschäftswelt, diese Schecks ebenfalls an Zahlungsstatt anzunehmen und sie bis zur Behebung der Zahlungsmittelknappheit als Zahlungsmittel weiterzugeben und im Verkehr zu belassen. Die Einlösung der Schecks in Banknoten erfolgt provisionsfrei, sobald die Reichsbank wieder in der Lage ist, den Ansprüchen des Zahlungsverkehrs in vollem Umfange zu genügen.

Neue Hundert- und Tausendtaufender.

In den nächsten Tagen werden neue Reichsbanknoten zu 100 000 und 500 000 M. in den Verkehr gegeben werden. Die 100 000-M.-Note ist 80 x 110 Millimeter groß und auf bläuliches Papier gedruckt, das ein fortlaufendes, aus gebrochenden Linien bestehendes Wasserzeichen enthält, welches abwechselnd die Buchstaben G und D zeigt. Die Rückseite ist unbedruckt. Die 500 000-M.-Note ist auf weißem Papier gedruckt und 80 x 175 Millimeter groß. Das Papier enthält rechts dunkelrote Fasern auf himmelblau getöntem Grunde. Die Note trägt linksrot gedruckten Wortlaut. Die Rückseite ist frei von Druck und Fasern. Hält man die Note gegen das Licht, so erscheint auf der linken Seite ein gut ausgeprägtes, von oben nach unten verlaufendes Wasserzeichen, das sich aus zwei feinstufig verflochtenen Fäden zusammensetzt. Von diesen trägt das eine mit dunkler Randbegrenzung die helle Wertzahl „500 M.“, das andere, umgekehrt mit heller Randbegrenzung, die dunkle Wertangabe „500 M.“. — Beide Noten tragen das Datum 25. Juli 1923.

Eine Million Geschäftsanteil.

Die Versorgung der Bevölkerung mit den unentbehrlichsten Lebensmitteln ist durch die ungeheuerliche Warenverknappung und den dadurch bedingten Geld- und Warenmangel so stark bedroht wie kaum jemals vorher. Der Privathandel schließt in weitem Umfange seine Geschäfte, er sieht, um seine eigene Existenz aufs äußerste besorgt, fast ratlos der Wirtschaftskatastrophe gegenüber. Obwohl von Tag zu Tag mit wachsenden Schwierigkeiten ringend, haben die Konsumgenossenschaften in der Warenversorgung ihrer Mitglieder bisher noch manches Mögliche getan. Soll das nicht durch eigenes Verschulden der konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher um vieles schlechter werden, so müssen die unerlässlichen Betriebsmittel den Verwaltungen der Genossenschaften schnellstens zur Verfügung gestellt werden. Die Einsicht in diese Notwendigkeit setzt sich auch immer stärker durch. Das Vertrauen zu den Konsumgenossenschaften wächst mit dem zunehmenden Versagen des Privathandels. So haben nunmehr schon eine Anzahl Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine den Mitgliedergeschäftsanteil auf eine Million Mark heraufgesetzt und die erfolgsversprechendsten Wohnanlagen für die Einzahlung dieser Geschäftsanteilsomme in Angriff genommen.

Die Ausplünderung von Kindern, von der man nach der Festnahme einer vielgesuchten Leberläuferin geraume Zeit nichts mehr hörte, betreibt jetzt wieder planmäßig eine neue Schwindlerin, im Norden und Osten und auch in den Vororten. Auch sie verpricht kleinen Kindern, die zur Schule oder zum Einkauf gehen, für einen kleinen Botengang ein Geschenk, nimmt ihnen die Schulmappe oder was sie sonst bei sich haben, ab, angeblickt, um es bis zu ihrer Rückkehr zu verwahren und verschwindet damit, während die Kinder vergeblich nach den Leuten suchen, an die sie eine Bestellung ausrichten sollen. Die Gaunerin ist eine flinke Frauensperson in mittleren Jahren. Mitteilung, die geeignet sind sie unerschütterlich zu machen, an Kriminalkommissar Dräger im Zimmer Nr. 133 des Polizeipräsidiums.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Donnerstag, den 16. August, abends 8 Uhr, im Plenarsitzungsraum des Reichstagesgebäude, Gedächtnisfeier. Karten im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II.

Der Augustspielplan des Wintergartens weiß einige recht gute Nummern aus. An den Längeren Hans Benien Jacobs, des Balletmeisters vom Metropoltheater und seiner Partnerin So Caltini kann man seine volle Freude haben. Was sie bieten, ist Varietékunst im besten Sinne, ungestillt, ungezügelt, mit virtuoser Beherrschung des Technischen und einer mitreißenden Freude am eigenen Spiel. Die hübsche Blonde Ines von Brece wirkt dagegen unbedeutend. Dingen soll in der Hand der Erde so ein prächtiges ständliches Kassenmüßel wie ein entsehtes Naturspiel im entflammenden Temperament aus. Die Artur-Rein-Familie glänzt wie immer und ihr Chef ist unerschütterlich in jeder amerikanischen Probe. Spitz und Geo möchten Lapp und Gabel, die Unabstreiflichen, lobieren, was ihnen aber nicht gelingt. Ein erstklassiger Künstler ist Landers Schüller, mit einer fabelhaften Klavierfertigkeit begabt. Aber warum, Herr Schüller, als Wiener so todernt und gar nicht ein bisschen humorvoll lebendwürdig? Es ist ein großer Verdienst, wenn in dieser ersten Zeit erste Künstler für ein wenig Humor sorgen. Ueber prächtige Stimmen und lebhaft bewegte Mimik verfügt das Sängerpaar Leone Vanti und Reika vollstündig atemraubende gefällige elektrische Hochdrungs-Experimente. Die prächtig arbeitenden Holandos, das Noruna-Trio und der flott und originell mit dem Spidaskop arbeitende Zeichner Dunowitz sollen nicht vergessen werden.

Sprechchor für proletarische Feiertunden. Donnerstagsabend 7 1/2 Uhr in der Aula der Sophienkirche, Weinmeisterstr. 16/17, Leitung: H. W. W.

An unsere Freunde und Leser!

Von dem Tage an, an dem der Bezugspreis für die erste Hälfte des Monats festgesetzt wurde, hat die Entwertung der Mark in rasender Eile einen Tiefstand erreicht, der von niemand im entferntesten geahnt werden konnte. Die Preise für alle Bedarfsgegenstände und Materialien sind im gleichen Tempo gestiegen. Die Druckpreise haben sich in dieser Zeit um das 17fache erhöht. Der Papierpreis ist nur für ein beschränktes Quantum auf 55 000 M. pro Kilogramm festgesetzt. Das mehr benötigte Papier kostet das vier- und fünffache dieser Summe. Wir müssen deshalb den

Bezugspreis für die 2. Hälfte des Monats August auf 500 000 M.

festsetzen. Auch dieser Betrag ist nach dem anzunehmenden weiteren Fortgang der Preissteigerungen kaum ausreichend, um alle Herstellungskosten zu decken.

Der Bestand unserer Presse ist aber in den gegenwärtigen verwerrenden Verhältnissen eine Notwendigkeit. Trotz aller Preissteigerungen ist die Auflage unseres Blattes in den letzten Monaten gestiegen. Wir rechnen darauf, daß es so bleibt.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

Das Parlament der Krankenkassen.

Von Josef Aman.

Das Gebäude der deutschen Sozialversicherung ist im Wanken. Es vor dem völligen Zusammenbruch zu retten, ist eine Aufgabe, die des Schweißes aller Ecken wert ist. Die Gesetzgebungsarbeiten mahlen furchtbar langsam. Regierung und Reichstag haben durch allerlei Mißweil die bedeutendsten Schäden an dem Bau auszubessern versucht. Aber an allen Ecken und Enden ist zu merken, daß dieser einst so stolze Bau immer mehr verfällt.

Am 19. und 20. August treten in Würzburg die Träger eines der wichtigsten Zweige der deutschen Sozialversicherung zu einer Tagung, der 27. ordentlichen Mitgliederversammlung (Ortskrankentag) des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen, zusammen. Dieser Verband ist die größte und einflussreichste Organisation der deutschen Krankenkassen. Es ist deshalb verständlich, daß alle Kreise, die an der Erfüllung der Aufgaben der deutschen Sozialversicherung mitwirken, dieser Tagung wohlgehende Beachtung schenken. Der 27. Deutsche Ortskrankentag behandelt diesmal vor allem alle jene Fragen, die für die Praxis wichtig sind. Die Ortskrankenkassen sind in ihrer Geschäftshandhabung wesentlich abhängig von der Gesetzgebung. Diese hat aber in den letzten Jahren viel zu langsam und viel zu spät die Räte der Ortskrankenkassen erkannt und ihnen dann durch Befehle und Verordnungen nur sehr notdürftig abgeholfen. Sicher wird die Kritik an der mangelhaften Gestaltung der Befehle auf dem Ortskrankentag sehr scharf sein. Der Vortrag des Geschäftsführers H. Behmann-Dresden über „Gesetzgebung und Krankenversicherung“ wird dazu die geeignete Grundlage bilden und neue Wege für die Rettung der deutschen Sozialversicherung vor dem sonst unausweichlichen Untergang zeigen. Wird dieser Vortragende neben der Praxis auch die Theorie der Sozialversicherung behandeln müssen, so werden die beiden folgenden Vorträge des Geschäftsführers Knoblauch-Darmstadt über „Das Einzugverfahren der Invalidenversicherung“ und des Geschäftsführers Scheilhammer-Rürnberg über die „Reform der Kassenverwaltung“ wohl ausschließlich das Gebiet der Praxis der Krankenversicherung behandeln. Das ist für eine Tagung, die nach der vorliegenden Tagesordnung offenbar eine reine Arbeitstagung sein soll und will, sehr wichtig.

Am zweiten Verhandlungstage wird der Geschäftsführer H. Behmann-Dresden „Die Praxisfrage“ behandeln. In einem Zusammenhang damit sieht der Vortrag des Vertrauensarztes Dr. Koch-Berlin über „Die Arzneiverordnung durch die Krankenkassen und Apotheken“. Die Ausgaben für Arzt und Arznei bilden die wesentlichste Belastung der Krankenkassen, sie sind die wertvollsten Voraussetzungen für eine Gesundung und Gefunderhaltung der Krankenkassenmitglieder. Die zweckmäßigste ärztliche Versorgung der Mitglieder und eine möglichst ersparnis bei den Ausgaben für Arznei und Heilmittel ist eine Lebensfrage für den Bestand der Krankenkassen. Deshalb wird auch die Erörterung dieser beiden Fragen in weiten Kreisen der Versicherten und der in der Sozialversicherung tätigen Personen mit regem Interesse verfolgt werden, ebenso wie die vom Stadtrat Kirchhoff-Dresden zu behandelnde „Krankenhausfrage“. Die Kosten der Bewirtschaftung der Krankenhäuser sind ganz ungeheuerlich gestiegen. Die Krankenkassen können aber die Krankenhausbearbeitung für die Mitglieder, die in der Familie keine genügende Pflege finden können, und für die Mitglieder, deren Krankheitszustand eine Krankenhausbehandlung unumgänglich notwendig macht, nicht entbehren. In irgendeiner Form muß deshalb die Kostenverteilung so gestaltet werden, daß sie für die Krankenkassen erträglich ist.

Die Durchführung all der Aufgaben, die der 27. Deutsche Ortskrankentag behandelt und zu lösen versuchen wird, obliegt den in den Krankenkassen beruflich tätigen Angestellten in Zusammenarbeit mit den ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitgliedern. Die Träger der Sozialversicherung brauchen Angestellte, die mit der unbedingt nötigen Berufstüchtigkeit und Ausdauer für alle Versicherungen tätig sind. Diese müssen, soweit das irgend möglich ist, von allzu großen Nahrungsfragen verschont bleiben. Die Tarifgemeinschaft zwischen dem Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen und dem Zentralverband der Angestellten bildete bisher die Grundlage einer gedeihlichen Zusammenarbeit in den Krankenkassen. Diese Tarifgemeinschaft muß weitergeführt werden. Der Vortrag des Landtagsabgeordneten Schölich-Breslau über „Die Tarifgemeinschaft mit dem Zentralverband der Angestellten“ kann sich unumgänglich in einer anderen Richtung bewegen. Die Angestellten müssen von den verantwortlichen Vertretern der Krankenkassen auf dem 27. Deutschen Ortskrankentag in Würzburg erwarten, daß sie auch ihrer Not Rechnung tragen und durch entsprechende Beschlässe für die Sicherung der Existenz der in der Sozialversicherung berufsmäßig tätigen Arbeitskräfte sorgen.

Eine Fülle von Aufgaben hat sich also der 27. Deutsche Ortskrankentag gestellt. Wollen wir wünschen und hoffen, daß es gelingt, sie zum Wohle der Versicherten und damit des größten Teiles des wertigsten Volkes unserer deutschen Republik zu lösen.

Wirtschaft

7. Deutsche Ostmesse.

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands, die in der Zahlungsmittelknappheit und den auffällenden Streits zum Ausdruck kam, hat auf die Besichtigung der 7. Deutschen Ostmesse in Königsberg, die Sonntag, 12. August, eröffnet wurde, nur wenig Einfluß ausgeübt. Die Aussteller konnten zum allergrößten Teil die Schwierigkeiten überwinden, die sich dem Transport in den letzten Tagen entgegenstellten. Sowohl die acht großen Hallensysteme der Deutschen Ostmesse als auch der neue Resthof „Handelshof“ wiesen daher nur wenig Lücken auf.

Die ausfallenden Berichte über Generalfreiverkehrsschwierigkeiten in Deutschland haben aber den Besuch aus den Oststaaten etwas beeinflusst. Litauen stellt wieder eine große Zahl von Einkäufern, auch aus Lettland, Estland und Polen sind Käufer eingetroffen. Die Gesamtzahl der Ausländer ist aber geringer als auf der letzten Messe. Da es gelungen war, als Ersatz für die unterbrochene direkte Eisenbahnverbindung mit dem Remeiland eine Dampferverbindung zu schaffen, konnten aus Remeil Einkäufer in größerer Zahl erscheinen. Aus Rußland ist eine Reihe von Delegierten wichtiger wirtschaftlicher Organisationen nach Königsberg entsandt worden. Bemerkenswert ist, daß sich für die Deutsche Ostmesse in zunehmendem Maße Interesse aus England, Schweden, der Tschechoslowakei, aus Bulgarien und Rumänien zeigt.

Das Geschäft litt am Eröffnungstage unter der starken Zahlungsmittelknappheit und der ungeklärten Devisenlage. Dadurch, daß keine amtlichen Notierungen vom Sonnabend vorliegen, verstärkte sich die abwartende Stimmung der Käufer und vielleicht noch in erhöhtem Maße die der Verkäufer. Immerhin kamen bereits größere Abschlässe vor allem in der Textilbranche zustande.

Die Goldanleihe des Reiches wird mit dem heutigen Tage zur Zeichnung aufgelegt. Sie ermöglicht allen Papiermarkbesitzern, die ersparie Beträge zurücklegen wollen das Sparen wieder ohne das Risiko der Geldentwertung. Auf der anderen Seite eignet sich aber die Anleihe auch zur Anlage von Betriebsmitteln, die nur vorübergehend verfügbar sind, und bald wieder flüssig gemacht werden müssen. Sie ist namentlich aus diesem Grunde von der Bärenumschaffener befreit worden. Zur leichten Beweglichkeit der Anleihe trägt vor allem die Ausstattung der kleinen Stücke bei, die zwanglos von Hand zu Hand gegeben werden können, da ihnen keine Zinsheime anhaften. Die Stücke in Höhe von 4,20, 8,40, 21 Mark werden nämlich bei Fälligkeit mit einem Aufgeld von 70 Prozent an Stelle der Zinsen eingelöst. Die Stücke von 10 Dollar und darüber tragen einjährige, über 5 Prozent des Anleihebetrages laufende Zinsheime. Die Anleihe wird ohne jedes Aufgeld, nämlich zum Nennwert, abgegeben. Wer seine Zeichnung in Devisen oder Dollarzahlungen anweisen bezieht, erhält einen Vorzugskurs von 95 Proz. bewilligt. Infolge des Streiks der Buchdrucker ist es nicht durchweg möglich gewesen, die Annahmestellen für die Anleihe mit den für die Zeichnungen notwendigen Druckformularen rechtzeitig zu versehen. Es sind aber Vorkehrungen getroffen, daß das erforderliche Material, soweit es noch nicht geschehen ist, den Stellen mit größter Beschleunigung zugeleitet wird.

Die deutsch-russischen Verhandlungen. In einer Unterredung mit dem Vertreter des Ost-Grpresh erklärte der Leiter der Berliner Gewerkschaftsvertretung Siomoniakow, daß sich die deutsch-russischen Verhandlungen über den Abschluß einer Konsularkonvention einem für beide Parteien befriedigenden Abschluß nähern; der wichtigste Teil der Verhandlungen, und zwar über den eigentlichen Handelsvertrag, werde demnächst in Moskau beginnen. Auch die Verhandlungen mit deutschen Firmen über den Erwerb neuer Konzessionen in Rußland hätten in letzter Zeit entscheidende Fortschritte aufzuweisen, doch werde der Abschluß von Verträgen durch die Vorliebe der deutschen Geschäftskreise für Handels- und nicht für Produktionskonzessionen verzögert. Die Gruppe A.-G. arbeite mit großer Intensität an ihrer landwirtschaftlichen Konzession im Dongebiet; es würden Wohnbaracken gebaut und in Noworossik sei ein Dampfer mit Maschinen für die Konzessionäre eingelaufen. Jegendliche Reibungen der Vertreter der Krupp A.-G. mit den Lokalbehörden seien nicht vorgekommen. Im Herbst würden in Zentralrußland die Arbeiten der Sinnes-Gesellschaft beginnen, die eine bedeutende Konzession für intensive Landwirtschaft erhalten habe. Ueber weitere landwirtschaftliche Konzessionsverträge werde gegenwärtig verhandelt und es sei zu erwarten, daß dadurch eine Vermehrung der Anbaufläche in Rußland erzielt werden könne. Der Getreideverkauf nach dem Ausland habe bisher etwa 1 Million Tonnen betragen, von denen etwa zwei Drittel bereits ausgeführt seien; von den nach Deutschland Anfang Juni verlaufenen 20 Millionen Rubel seien nahezu 4 Millionen Rubel bereits unterwegs nach deutschen Häfen.

Die Arbeitslage in der Metallindustrie in der Woche vom 22. bis 28. Juli 1923 gestaltete sich nach den Erhebungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes wie folgt: Von den berichtenden Verwaltungen wurden 20 929 Betriebe und 1 678 493 Arbeiter erfaßt. Von den erfaßten Arbeitern waren 1 459 401 = 87 Proz. (in der Vorwoche 85,5 Proz.) Beschäftigte, 161 793 = 9,6 Proz. (10,8 Proz.) Kurzarbeiter und 57 299 = 3,4 Proz. (3,7 Proz.) Arbeitslos. Die Dauer der Kurzarbeit verteilt sich auf die davon betroffenen Arbeiter wie folgt:

bis 8 Stunden, 23,2 Proz. (19,2 Proz.) 17-24 Std. 26,4 Proz. (28,7 Proz.) 9-16 „ 26,4 „ (28,9 „) 25 u. mehr Std. 24 „ (28,2 „)

Die Arbeitslage in der Berichtswoche hat sich gebessert; auch in den Bezirken, die unter der Behebung zu leiden haben, macht sich eine kleine Besserung des Arbeitsmarktes bemerkbar, vor allem im altbesetzten Gebiet. Bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit kann festgestellt werden, daß nicht wie früher bestimmte Industrien dabei in Betracht kommen. Da die Hauptursache Materialmangel ist, wird bald dieser, bald jener Betrieb davon betroffen. Außerdem wird von einer Verwertung berichtet, daß besonders das Schlägergewerbe durch die Devisenverordnung in Mitleidenschaft gezogen ist.

Devisenkurse. Da in einem Teil unserer gestrigen Abendausgabe die vollständige Kurstafel nicht enthalten war, seien die Mittelkurse der Hauptdevisen wiederholt: 1 Dollar 3 Millionen, 1 holländischer Gulden 1,186 Millionen, 1 Pfund Sterling 13,75 Millionen. Im übrigen ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 82 792 Geld, 33 208 Brief; 100 österr. Kronen 4289 Geld, 4311 Brief; 1 tschechische Krone 88 777 Geld, 89 223 Brief; 1 ungarische Krone 159,60 Geld, 160,40 Brief; 1 bulgarische Lema 24 937 Geld, 25 063 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 31 920 Geld, 32 080 Brief.

Preise und Löhne.

Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle	Höchste Wochenlöhne in Berlin
Am Dienstagmorgen (in tausend Mark)	(in tausend Mark)
Rindfleisch ohne Knochen 620	Reparaturschuhmacher
do. „ Knochen 590	vom 13. bis 18. 4600
Schweinefleisch 489	Karosseriarbeiter v. 8 bis 14,5 10580
Lebende Schleihe 500-550	Musikinstrumentenmacher
do. Aale 600	vom 8. bis 14. 15702
1 Ei 45	
Butter 1100-1150	
Schmalz 700-750	
Margarin 620-750	
Speck 800-900	
Spinnat 90	
Mohrrüben 80	
Grüne Bohnen 105	
Äpfel 60	

Die am Montag begonnene langsame Ermäßigung der Preise von Fetten dauert fort. Kartoffeln fehlten wieder.

Die Debatte im Reichstag.

Abg. Marg (S.)

hält es nicht für angebracht, lange Reden zu halten und die Zeit damit hinzugehen. Wir wollen an die Tätigkeit herangehen, die der Reichstanzler besprochen und in Aussicht gestellt hat. Wir stellen nur fest, daß wir ein neues Kabinett gebildet haben, das sich auf die weitaus größte Mehrheit des Reichstages stützt. Wir begrüßen den Gedanken der großen Koalition namentlich aus außenpolitischen Gründen. Der Sturz des Kabinetts Cuno war jedoch nicht die Folge oder die Veranlassung für einen weiteren Kräfteverfall des deutschen Volkes, sondern er beweist im Gegenteil der Entente, daß sie sich überzeugen muß, das jetzige Kabinett habe eine geschlossener, viel stärker, in sich geeinigter Volksoberleitung hinter sich als das Kabinett Cuno. Wir bringen dem Kabinett unser Vertrauen entgegen und hoffen und wünschen dringlich, daß keine Tätigkeit zum Besten des deutschen Volkes, des Reiches und Vaterlandes gerichtet. (Beifall.)

Anzweifeln ist folgendes Vertrauensvotum, unterzeichnet von den vier Regierungsparteien, Marg (Str.), Petersen (Dem.), Wels (Soz.), Dr. Scholz (D. Vp.) eingegangen:

Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus.

Abg. Hergt (Dnat.)

gibt namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Gegenüber dem Kabinett Cuno hat unsere Partei zu starken Vorbehalten Veranlassung gehabt. Dennoch lehnt sie jede Verantwortung für die Herbeiführung und die Auswirkungen des neuesten Regierungswechsels ab. In der höchsten Not des Vaterlandes, noch dazu in einem Augenblick, in dem die auswärtige Politik der bisherigen Regierung Erfolge zu zeitigen schien (Heiterkeit bei der Mehrheit), die nur durch ein starkes Festhalten an der Regierung gesichert und ausgebaut werden konnten, ist unter dem Druck der Kommunisten und der Straße diese Krise hervorgerufen worden. Die Deutschnationalen Volkspartei erblickt in diesem Vorgehen der nunmehrigen Regierungsparteien ein

gefährliches Spiel mit den höchsten Interessen von Volk und Vaterland. (Gelächter bei der Mehrheit.)

Die Behauptung, die neue Regierung werde durch die parlamentarische Unterstützung der in der Koalition vereinigten Parteien auch einen weiteren Rückhalt im Volke erhalten und an Stärke gewinnen, beruht auf einer Verkennung der Tatsache, daß die Rückkehr zum System der Parteienregierung nicht zur Zusammenfassung aller Kräfte, also auch nicht zur Erweiterung, sondern zur Verengung der Regierungsgrundlagen und zur Schwächung führen kann. Dies ist jetzt um so mehr der Fall, als die Rückkehr zum reinen Parteienregiment in das letzte Jahr der Wahlperiode des gegenwärtigen Reichstages fällt, in dem die Zusammenlegung des Reichstages längst nicht mehr den Anschauungen, Forderungen und Wünschen des deutschen Volkes entspricht. (Lachen bei der Mehrheit.)

Wir sind uns der Pflicht bewußt, auf außenpolitischem Gebiete alles zu tun, um die Wirkung des Widerstandes gegen den französischen Raub zu stärken. Sie verlangen von der neuen Regierung nicht nur Worte, sondern Taten. Wir fordern, daß

alle Formen und Mittel des Widerstandes

Anwendung finden, die angesichts des verschärften Drucks der Feinde Erfolg versprechen. Je härter der Angriff, desto härter auch die Abwehr. (Zuruf b. d. Kommunisten: Alle?) Ja, alle! (Zuruf b. d. Kommunisten: Auch Nord und Ostschlag?) Das überläßt ich anderen. Wir sehen voraus, daß auch die große Koalition im Reiche unter dem beherrschenden Einfluß der Sozialdemokratie gelangen wird. (Sehr wohl rechts.) Sie wird weder der Vergewaltigung rechtsgerichteter Kreise durch den Terror der Straße ein Ende machen, noch wird sie die wirtschaftliche Not beheben, sondern wird sie nur verschlimmern. (Sehr wahr!) Nach alledem ist unsere Stellung zur neuen Regierung gegeben:

Wir verjagen ihr das Vertrauen.

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.)

erklärt namens der Deutschen Volkspartei: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei begrüßt die Erklärung der Reichsregierung und wickelt ihr zur Erreichung ihrer Ziele die erforderliche Unterstützung gewähren. Sie will nicht unterlassen, in diesem Augenblick auch ihrerseits in Unterbrechung der Worte des Reichstanzlers dem Reichstanzler Cuno und seinem Kabinett wärmsten Dank öffentlich auszusprechen. (Bravo!) Die schwierige Lage unseres Volkes in außer- und innenpolitischer Beziehung ließ auch uns die Verbreiterung der Regierungsnotlage angezielt und notwendig erscheinen; eine Verbreiterung im übrigen, zu der meine Partei seit Jahren bereit war. Wir werden in ehrlicher Zusammenarbeit mit den übrigen Koalitionsparteien und mit allen Parteien dieses Hauses, die den gleichen Willen haben, uns bemühen, alle Kräfte des Volkes zusammenzuführen zur Aufrechterhaltung von Deutschlands voller Selbstständigkeit nach außen, zur Aufrechterhaltung der Staatsautorität im Innern. (Sehr gut!) Die Deutsche Volkspartei hat das größte Opfer gebracht, das eine Partei dem Vaterlande bringen kann: Sie hat ihren besten Mann zur Führung der Reichsregierung in schwerster Zeit zur Verfügung gestellt. Daß dieses Opfer nicht vergebens sei zur Rettung des Vaterlandes, das ist unser heißester Wunsch. (Beifall.)

Präsident Edele teilt mit, daß von den Deutschnationalen namentliche Abstimmung über den Vertrauensantrag beantragt ist.

Abg. Dr. Petersen (Dem.)

gibt namens seiner Fraktion gleichfalls nur eine kurze Erklärung ab, möchte aber zunächst dem Redner der Deutschnationalen erwidern. Es klingt in dem Munde des Abg. Hergt merkwürdig, daß ausgerechnet er sich über den Einfluß der Straße in Deutschland beklagt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß auf dem letzten Parteitag dieser Vorstehende der Deutschnationalen Partei erklärt hat, man solle sich vom Parlamentarismus los und werde

die Deutschnationalen Partei auf die Straße

führen. (Unruhe rechts und links: Er muß noch deutsch lernen!) Wir müssen die Verantwortlichkeit nicht nur für die Festlegung der Preise, sondern für alle Verschärfungen durchzuführen. Im übrigen spreche ich unsere Freude darüber aus, daß man eingesehen hat, daß die Zusammenfassung der Parteien eine Notwendigkeit in schwerer Zeit geworden ist. Nur eine Zusammenfassung der Kräfte kann uns retten, nach dem alten Spruch: Eintracht hält Wacht! (Beifall.)

Abg. Leidt (Bayr. Vp.)

gibt namens seiner Fraktion der Benennung Ausdruck für die warmen Worte der Anerkennung des Reichstanzlers für seinen Vorgänger. (Beifall.) Wir haben vollständiges Verständnis für die Schwächen der Außenpolitik in der außen- und innenpolitischen Lage. Uns würde die Bildung eines Kabinetts auf breiterer Grundlage, damit dadurch zum Ausdruck kommt, daß die weitesten Kreise des Parlaments und des Volkes hinter der Reichsregierung stehen, sicher nicht entgegen sein. Wir sind dem neuen Reichstanzler dankbar für die Worte, die er gefunden hat für das Verhältnis des Reiches zu den Mächten, daß er volles Verständnis hierfür haben wird. Wir sehen darin eine Voraussetzung für den Wiederaufbau und den gedeihlichen Bestand und die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes. (Sehr richtig!) Wir stimmen ausdrücklich auch den Richtlinien bei und der Beurteilung des Reichstanzlers über die

außenpolitischen Verhältnisse. Und wenn das Vertrauensvotum, das eingebracht worden ist von den hinter der neuen Regierung stehenden Parteien, gestellt werden könnte, dann würden wir ohne Bedenken dem ersten Teil, der der Regierung die Billigung ausspricht für die abgegebene Erklärung, sofort zustimmen. (Hört, hört!) Aber wir haben einige Bedenken gegenüber der Zusammensetzung des Kabinetts. (Zuruf rechts und links: Wir auch!) Ich meine durchaus nicht etwa Bedenken ästhetischer Art. (Große Heiterkeit.) Wir haben Bedenken nach der Richtung hin, daß uns volle Garantien dafür gegeben sind, daß insbesondere die hier ausgesprochenen Programmpunkte auch durch die folgenden Taten nachher als berechtigt nachgewiesen werden. Deshalb würden wir bei einer Teilung des Vertrauensvotums dem ersten Teil zustimmen, dem zweiten Teil könnten wir nicht annehmen. Wir müssen uns also bei der Abstimmung enthalten. (Heiterkeit.)

Abg. Frölich (Komm.)

meint, die Worte des neuen Reichstanzlers kennzeichneten die Situation. Es sei interessant, hier genau bis auf den Punkt die Formel zu hören, die von dem französischen Regierungsblatt, dem „Temps“, vorgefälscht sei: Die große Koalition.

Das erste Wort des neuen Kanzlers sei eine Verbeugung vor Poincaré.

Herr Dr. Stresemann will den passiven Widerstand aufgeben, wenn Frankreich sein Versprechen einlöst, die Besetzung zu einer „unsichtbaren“ zu machen. Es ist

das Kabinett der Kapitulation vor Poincaré.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.) Die gesamte innere Politik Deutschlands wird von der Entente kontrolliert werden. Also es ist auf Befehl der Entente ein Kabinett der Kapitulation eingelegt worden, und das deutsche Volk hat zu lachen. Die neue Regierung setzt die alte Bankrotspolitik der Cuno-Regierung fort. Die neuen Steuern werden die weitere Verelendung der Arbeiterschaft nicht verhindern. Man schafft zweierlei Geld, das Geld der Besessenen und das Geld der Besitzlosen. Das deutsche Volk wird in zwei Nationen zerfallen, die Nation der Blüher und die Nation der Auszubehrenden. Dr. Stresemann repräsentiert die Regierung des Großkapitals, er, der langjährige Syndikus industrieller Verbände und vielfacher Aufsichtsrat, ein Mann, der in der Tat die besten Verbindungen mit der deutschen Industrie hat, die er ja natürlich zur Sicherung der Existenz des deutschen Proletariats ausnützen wird. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Kommunisten.) Und Herr v. Raumer kommt ihm gleich an der Zahl der Aufsichtsratsposten, zumal im Konzern der AEG. Diese Herren werden die Politik des neuen Kabinetts bestimmen, die Profitpolitik des Großkapitals. Und Herr Fuchs, der rheinische Oberpräsident, er war einer der ersten, der den passiven Widerstand zu gerichtlichem suchte durch Verbot des „Ruhes“ und Herr Luther, der Organisator der Hungersnot, er bleibt auch in dieser Zeit des nationalen Elends, das die Wera der Regierung Cuno über uns gebracht hat, der neuen Regierung erhalten, in einer Zeit, da vom 20. August an das Marktbrot 120 000 M. kosten wird, da man für Margarine 4 Millionen, sogar für Verbessertes 4 Millionen pro Pfund zahlen muß. In öffentlichen Auktionen werden Verpfehlungen gemacht, sie werden Sesselnadeln sein. Auch Herr Stresemann wird eine Hungerpolitik treiben. (Abg. Koenen: Ein Komet wird er sein.) Unter Cuno hat eine Korruption geherrscht durch Liebesgaben an die Kohlenbarone usw. Herr Hilferding hat in seinem Werk „Das Finanzkapital“ nachgewiesen, daß das Kapital an seiner Politik zugrunde geht, und jetzt wird er das kapitalistische Deutschland retten. Die ganze Marktsituation ist ein Unfug und beschleunigt nur den Bankrott; diese Aktion war das Rezept des Herrn Hilferding. Es bleibt auf diese Finanzpolitik

keine andere Antwort als die Revolution.

Herr Solmann ist in das Kabinett gekommen, weil man einen nationalliberalen Sozialdemokraten brauchte. Herr Radbruch hat sehr richtige Prinzipien, läßt, daß er Sozialdemokrat ist. (Heiterkeit.) Er hat in einer Schrift nachgewiesen, daß man auf den sogenannten Ueberzeugungsorbiter nicht die Strafrecht anwenden könne, daß man einen politischen Verbrecher nicht mit entehrenden Strafen belegen kann. Wir werden abwarten, ob er keinen Prinzipien treu bleiben wird. (Abg. Höllein (Komm.): Er wird noch manchen Radbruch erleben — Heiterkeit.) Herr Radbruch hat als Justizminister den Staatsgerichtshof nicht zu einer republikanischen Meinung bringen können. Herr Stresemann will die Machtmittel des Staates gegen die Massen anwenden, und dabei verlangt er das Vertrauen des Volkes. Herr Stresemann wird noch den Generalstreik führen. Er sagt: Demokratie ist Herrschaft der Mehrheit. Das war abgeschafft in diesem Reichstag, der immer und immer verlangt hat und verzichtet hat auf eine Mitwirkung in der Politik. Dieser Reichstag ist eine Null. Die Mehrheit des Volkes soll im Reichstag zum Ausdruck kommen. Wer aber vertritt denn noch die Meinung der Wähler, die ihn gewählt haben. Millionen von Wählern stehen hinter uns Kommunisten. Es müßten Neuwahlen stattfinden, damit die wirkliche Mehrheit des Volkes festgestellt wird. Eine solche Politik hätte vor allem die Sozialdemokratie treiben sollen, aber sie hat die Stunde nicht genutzt, sondern eine Politik gegen sich selbst befolgt. Sie hätte

mit uns zusammen Neuwahlen erzwingen

sollen, dann wäre eine bürgerliche Regierung nicht mehr möglich gewesen. Die Sozialdemokratie wird das Schicksal der großen Koalition teilen, sie wird zugrunde gehen. Sie bildet das letzte Mittel, eine bürgerliche Politik zu treiben. Die „Frankfurter Zeitung“ nennt die große Koalition die letzte politische Reserve. Die enttäuschten Massen haben die Lage erkannt und stellen sich hinter uns. Von der Erfassung der Sachwerte ist bei den Sozialdemokraten keine Rede mehr; in diesem Verzicht wird die Partei zugrunde gehen. Aber auch die kapitalistische Gesellschaft samt der großen Koalition wird im Meer des Proletariats ertrinken.

Abg. Wulle (Deutschvölkische Freiheitspartei):

Parlamente haben ein auffallend kurzes Gedächtnis. Dr. Stresemann, der jetzige Reichstanzler, hat noch vor wenigen Tagen sich sehr gegen den Wormalzettel der „Germania“ gewendet und Herrn Cuno kein Vertrauen bezeugt, und so täten mit ihm alle, die ihm als Reichstanzler heute ihr Vertrauen bezeugen. Das Kabinett Stresemann hat den Vorzug der Offenheit und Eindeutigkeit.

es ist ein sozialistisches Ministerium.

(Lachen b. d. Komm.) Die Regierung Stresemann ist ein Werk der Straße; die Kommunisten und der Generalstreik haben es geschaffen. Die Sozialdemokraten sind ja als Partei nur noch eine große Sesselnadel, die bei den nächsten Wahlen unsichtbar spielen muß; die Sozialdemokraten haben lediglich aus schlotternder Angst vor der Straße noch in letzter Stunde Herrn Cuno fassen lassen, um sich noch eine Weile länger zu halten. Und wie sieht es um

die Deutsche Volkspartei, die uns doch von den „rosen Ketten“ befreien wollte!

Herr Solmann im Reichskabinett wird eitel Freude im Saate des Herrn Zeigner erregen; er wird nach dem Muster des Herrn Seering auch im Reiche gegen unsere Partei kräftig mit Verordnungen losziehen. Herr Hilferding darf jetzt sein Finanzprogramm durchführen, das darauf hinausgeht, das deut-

liche Kapital in Grund und Boden zu ruinieren. Wie man dazu kam, ausgerechnet einen österreichischen Juden zum Verwalter der deutschen Konsummasse zu machen, weiß ich nicht. (Unruhe links.) Die neue katastrophale Steuererhebung ist eine schändliche Arbeit, die uns vollends in den Abgrund stürzen wird; das ist die Folge der Unverantwortlichkeit des parlamentarischen Systems. Wir sehen uns unaufhaltsam in das Chaos getrieben. Wie stellt sich Herr Dr. Stresemann zu der Vergewaltigung aller wahrhaft nationalen Kreise durch seine jetzigen roten Kollegen? (Zuruf des Abgeordneten Prof. Kohl.) Ungezogenheiten lasse ich mir auch von Ihnen nicht gefallen. Das Kabinett Stresemann ist nur die Uebergangsstufe zur neuen Revolution, die uns Herr Koenen angehängt hat. Nachher wird die rote Flut demungslos Deutschland überschwemmen. Im ganzen deutschen Volk gibt es keinen völkischen Mann, der diesem Kabinett sein Vertrauen aussprechen wird.

Abg. Ledebour (Unabh.):

Herr Müller hat dem neuen Kabinett eine sehr günstige Prognose gestellt; aber noch am vorigen Donnerstag wollte er das Kabinett Cuno mit aller Kraft im Amte erhalten! Der neue Kanzler hat bezeichnenderweise in sozialpolitischer Beziehung sich Ausprägungen des Abg. Hergt zu eigen gemacht, der vor der Hin- und Herbewegung der Arbeiterlöhne warnte. Die Deutschnationalen Partei könne gar keinen besseren Kanzler als Dr. Stresemann finden.

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.)

weist auf verschiedenartige Beurteilung des Kabinetts Stresemann seitens der äußersten Rechten und Linken hin. Daher habe sich auch in der Sozialdemokratischen Partei zunächst ein Widerstand gegen den Eintritt in die Koalition erhoben. Die Partei werde aber ihre Mitglieder im Kabinett unterstützen, um so den sozialistischen Einfluß nach Kräften zu stärken. Der Redner wendet sich gegen die Behauptung der Kommunisten, Cuno sei wegen des Generalstreiks gegangen. Das sei nicht der Fall. Es handelte sich nicht um den kommunistischen Generalstreik, sondern darum, daß eine Fortführung der Politik des Kabinetts Cuno sich aus den verschiedensten Gründen als unmöglich herausgestellt habe. Eine Arbeiterregierung sei nach sozialdemokratischer Ueberzeugung für absehbare Zeit in Deutschland eine Unmöglichkeit. Daher sei nichts anderes übrig geblieben, als den Versuch zu machen, in einer bürgerlichen Regierung nach Möglichkeit mitzuarbeiten. Der kommunistische Abg. Kemmele habe gesagt, er sei sogar bereit, mit den Mörderin Rosa Luxemburg zusammenzuarbeiten. Das sei für jeden Sozialisten unverständlich. Wer sei da der Betrüger, wer der Betrogene, wer der Reiter, wer das Ross? (Heiterkeit.) Die Schuld für den Miß durch die Arbeiterchaft trügen die Kommunisten.

Abg. Frölich (Komm.)

behauptet, der Sturz Cunos sei darauf zurückzuführen, daß die Massen von den Kommunisten aufgeschreckt worden seien. Auf einen Hieb solle kein Baum, der Generalstreik habe nicht alles erreicht, darum würden die Arbeiter die Rüstung jetzt verstärken. Die Erklärung Breitfelds habe gezeigt, daß die Opposition nicht den Mut habe, ihren Kampf innerhalb der Partei zu führen. Der Redner erkennt gewisse Gemeinsamkeiten zwischen Kommunisten und Völkischen an. (Hört! hört!) Kampf gegen ausländischen Imperialismus und gegen Ausbeutung einzelner Klassen. Die Kommunisten hätten Verständnis für die Klasse des Mittelstandes, die einfach zertreten werde. (Lachen bei der Mehrheit.)

Abg. von Graefe (Dnat.) erklärt in einer persönlichen Bemerkung, die Deutschvölkischen führten allerdings mit allem Ernst den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung. Aber die angebliche Zusammenarbeit sei ein schlechter Witz.

Damit schließt die Aussprache. Es folgt die Abstimmung über das Vertrauensvotum.

Für das Vertrauensvotum stimmen die Regierungsparteien, dagegen stimmen die Deutschnationalen, die drei Deutschvölkischen, die Kommunisten und die Abg. Geisler (b. l. Fr.) und Ledebour (b. l. Fr.). Die Bayerische Volkspartei enthält sich der Stimme. Das Vertrauensvotum wird mit 240 gegen 76 Stimmen bei 25 Enthaltungen unter lebhaftem Beifall der Regierungsparteien angenommen.

Das Haus geht zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Sicherung und die finanzielle Behandlung einer

werbeständigen Anleihe des Deutschen Reichs

über. Der Entwurf ermächtigt die Reichsregierung, zur Sicherung des Zinsdienstes und der Rückzahlung der Anleihe bis zur Höhe von 500 Millionen Mark Gold, mangels Deduktionsmitteln aus den ordentlichen Einkünften des Reichs Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben. Der Ausschuss hat hinzugefügt, daß dies nach näherer Bestimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstages zu erfolgen habe. Die Vorlage befreit die Anleihe von der Borsenumsatzsteuer sowie die selbst gezeichneten oder in dem ersten Jahr seit Beginn der Zeichnungsfrist erworbenen Stücke von der Erbschaftsteuer. Der Steuerausschuss hat diese letztgenannte Frist nur bis zum 15. Mai 1924 erstreckt.

Abg. Dr. Helfferich (Dnat.): Im Ausschuss ist die allseitige Ueberzeugung zum Ausdruck gekommen, daß, nachdem einmal die Anleihe erfolgt ist, sie auch mit allen Sicherungen ausgestattet werden muß. Eritlich war nur die Frage der Befreiung von der Erbschaftsteuer. Die Sozialdemokraten hatten dagegen grundsätzliche Einwände erhoben, waren aber dann damit einverstanden, daß die Befreiung von der Erbschaftsteuer soweit gehen soll, wie die Stücke bis zum 15. Mai 1924 erworben sind. Wir hätten die einjährige Frist der Regierungsvorlage für das Richtige und beantragen deshalb in diesem Punkte die Wiederherstellung der Vorlage. Der Landwirtschaft ist ein großes Opfer auferlegt worden und deshalb ist es ausgeschlossen, daß die Landwirtschaft im nächsten halben Jahr irgendwelche verfügbaren Mittel hat, um diese Anleihe zu zeichnen. Wenn wir also die Landwirtschaft heranziehen wollen, so muß unser Antrag angenommen werden.

Die Kommunisten beantragen die gänzliche Streichung der Steuerbefreiungen.

Abg. Höllein (Komm.): Wie bisher mit der Steuerpolitik eine parlamentarische Komödie getrieben worden ist, so ist auch hier wieder die Sozialdemokratie dabei, die Goldanleihe als Rettungsanker anzupressen. Solche Maßnahmen beseitigen aber nicht das Elend und retten die sinkenden Arbeiterschichten nicht vor dem Untergang. Die bestehenden Klassen sind immer mit Steuern verdonert geblieben. Keine Bourgeoisie der Welt plündert das Vaterland so aus wie die Börsenbourgeoisie. Auch diese Anleihe ist nur ein Versuch der herrschenden Klassen, die Massen zu täuschen. In Wirklichkeit wird den bestehenden Klassen nur eine weitere Ausplünderungsmöglichkeit gegeben. Von einem Opfer kann nicht die Rede sein.

Der Redner wirt der Rechten vor, sie wolle durch Saunereien weitere Vorteile eroffnen.

Sämtliche Änderungsanträge werden abgelehnt. Darauf wird die Vorlage in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des zweiten Kapitels zum Reichshaushalt.

Abg. Dr. Schreiber (Str.) wünscht, daß größere Mittel für die Behebung der kulturellen Not, insbesondere für die Volksgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, beschleunigt bereitgestellt werden.

Eine entsprechende Entschädigung wird angenommen, ebenso der gefamte Nachtragshaushalt.

